

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Krupp verdient

Wehrwirtschaft 1937

Deutsch-russische Schicksalsverbundenheit

Prix: Fr. 1.50

Drohende Gefahr

Der Sieg der Kriegspartei. - Das Reichskabinett in Kriegsform. Letzte Vorbereitung auf den Krieg. - Die Vollendung der Totalität.

Europa hat eine neue, vielleicht eine letzte Warnung erhalten. Wird es die Warnung verstehen, und wird es endlich die Konsequenzen daraus ziehen?

Schon sind Kräfte am Werke, um die Berliner Vorgänge zu verschleiern und ihre Bedeutung zu verkleinern. Die deutsche Propaganda arbeitet in der gleichen Richtung. Sie will den Nichtsehen-Wollenden die Binde noch fester um die Augen ziehen.

Wir sagen darum mit aller Deutlichkeit: *die Kriegspartei in Deutschland hat gesiegt*. Der Krieg ist um einen grossen Schritt näher gekommen, vielleicht ist er in unmittelbarer Nähe.

Alle Rechnungen, dass nun das System neuer Konsolidierung bedürfte und mit sich selbst zu tun habe, verkennen sein Wesen und seine inneren Triebkräfte. Die Gefahr, die wir signalisiert haben, ist da.

Es geht ein Zug durch alle Völker, die noch nicht unmittelbar von dem gewaltsamen Angriff des Dritten Reiches getroffen worden sind, sich auf Kosten der bisherigen Opfer in Sicherheit zu wiegen, und die Augen vor dem zu verschliessen, was ihnen selbst droht. Dabei war die innere Logik der Entwicklung des neuen deutschen Militarismus nie so klar wie heute!

Die praktische Gefahr ist heute: *Neuer Angriff der Achse Berlin-Rom auf Spanien. Machtergreifung des braunen Systems in Oesterreich.*

Beides aber sind nur Einleitungsaktionen zu dem, was das grosse Ziel der Regierung Hitler ist:

Revanche für die Niederlage im Weltkrieg.

Angriff nach Westen, gegen Frankreich und England.

Neuverteilung der Welt, Entmachtung der demokratischen Westmächte.

Es ist heute keine Zeit, sich in akademischen Analysen über die soziologische Bedeutung der Wandlung im braunen System zu verlieren und dabei die unmittelbare Drohung zu übersehen! *Die spanische Republik*, die sich heldenhaft gegen den faschistischen Angriff wehrt, wird als erste die unmittelbare Folge der Berliner Ereignisse verspüren. Jetzt sind die Hemmungen gefallen, die bisher Mussolini abgehalten haben, neue verstärkte Kräfte in Spanien einzusetzen. Die Pause der Intervention ist zu Ende, eine neue gewaltsame grosse Intervention steht unmittelbar bevor, und damit eine Kriegsprovokation grössten Stiles.

Fünf Jahre hat das Dritte Reich den Revanchekrieg vorbereitet. Vor

den Augen der ganzen Welt ist das Material zu dem grossen Ueberfall angehäuft worden, ist das Heer geschaffen und als mächtiges Angriffsinstrument gedrillt worden, sind Bündnisse geschlossen und die strategischen Positionen in Europa verändert worden. Schon im letzten Sommer hat man gefürchtet, dass bereits ein unbedachtes Wort die Lawine auslösen könne. Schon vor Jahren hat das Dritte Reich frohlockt, dass es die Gefahrenzone der Aufrüstung durchschritten habe — heute aber ist es viel stärker! Heute sind die Führer dieses Kriegsinstruments trunken vor Macht, heute rechnen sie nicht mehr ängstlich, heute sind sie entschlossen, ihr Schwert in die Wagschale zu werfen. Das Kriegsfeuer brennt in Spanien und China, — sie wollen es nicht zusammensinken lassen, ohne den grossen Schlag gewagt zu haben.

Was in Berlin geschehen ist, ist ein letzter Akt der inneren politischen Vorbereitung auf den Krieg: *Göring* der Hindenburg, *General Keitel* der Ludendorff des neuen Weltkrieges, und über ihnen *Hitler* mit kaiserlichen Vollmachten. Dazu ein Kronrat, in dem die eigentliche Kriegspartei sitzt, die bisher keine direkten Einwirkungs-

möglichkeiten auf den Gang der auswärtigen Politik gehabt hat.

Seit Monaten hat Mussolini in Berlin gedrängt, dass das Reich ihm die Rückendeckung zusichern solle, wenn er in einen Konflikt mit England gerate. Jetzt sind die bremsenden Kräfte entmachtet, die Wortführer Mussolinis an der Macht. Unmittelbar vor den Berliner Ereignissen hat der japanische Aussenminister erklärt, dass die Anerkennung Mandschukuos durch Deutschland durch die „augenblicklichen inneren Bedingungen in Deutschland“ gehemmt werde. Diese inneren Bedingungen sind nun gewandelt — die Kriegspartei hat freie Bahn.

Die Gefahr ist nahe. Eine gewaltige Kriegskatastrophe steht drohend vor Europa. Sie hängt über allen — vor allem über dem deutschen Volke, das als Instrument dieser machttrunkenen Revanchepolitik gebraucht wird. Es wird das eigentliche Opfer sein; denn ein neuer Weltkrieg wird mit einer zerschmetternden Niederlage der hitlerdeutschen Kriegspartei enden.

Einheit von Heer und Kriegspartei

Der Staatsstreich Hitlers hat eine Antwort gegeben auf die Hoffnungen,

Grenze gesperrt

In den Tagen vor der Entscheidung

Aus Duisburg erhalten wir den nachstehenden Bericht:

Am Dienstag (1. Februar) wurden zahlreiche Formationen der SS und SA in aller Eile an die holländische Grenze transportiert. Von SS- und SA-Leuten konnten wir erfahren, dass sie wegen besonders ernster Massnahmen zum Grenzschutz kommandiert wurden. Weil wir wegen der herrschenden dumpfen Spannung gern wissen wollten, was eigentlich vorging, entsandten wir mehrere Genossen unauffällig nach der holländischen Grenze. Die Genossen stellten fest, dass von Kleve am Niederrhein bis zum oldenburgischen Gebiet bei Bentheim

ein undurchdringlicher Grenzdienst von SS und SA eingesetzt war. In der Stadt Gronau waren allein 800 Mann der SS und SA einquartiert, die den Grenzverkehr zu überwachen hatten. Es blieb kein einziges Stückchen der Grenze unbewacht. Von führenden Nazis wurde erklärt, dass es sich um einen besonderen Schutz gegen die illegale Arbeit von Holland nach Deutschland handele. In der Bevölkerung glaubte man diese Erklärung nicht, weil gegen die illegale Arbeit in allen grösseren und kleinen deutschen Grenzorten seit langem ein sehr starker Gestapodienst in Verbindung mit den Zollbeamten besteht. Deutsche Zöllner erklärten uns, dass in

Berlin etwas los sein müsse und nach ihrer Meinung die SS- und SA-Truppen verhindern sollten.

dass oppositionelle Würdenträger des Regimes flüchten könnten.

Jeder Passant an der Grenze wurde auf das strengste ausgefragt und durchsucht; sowohl Fussgänger, wie auch Automobilisten. Die Kontrolle erfolgte schon weit vor der Grenze und wiederholte sich mehrere Male bis zur Erreichung der Grenze. Im ganzen Grenzgebiet herrschte eine starke Spannung. Allgemein sagte man, dass die Armee und die konservative Reaktion gegen das Hitlersystem eine Aktion beabsichtigten. In der Arbeiterschaft war man sehr abwartend. Unsere Genossen erklärten unter sich, dass man bei Auseinandersetzungen zwischen der militärischen Reaktion und den Nazis in jedem Fall nichts unternehmen dürfe: nichts für die Nazis — und nichts für die reaktionäre Opposition.

Die Illusion

Die katholische Opposition und die Wehrmacht

Am gleichen Tage, an dem Hitler den umgekehrten 30. Juni gemacht hat, erschien die katholische Wochenzeitung „Der deutsche Weg“ mit einem Appell an „die Reichswehr“. Dieser Appell ist überschrieben „Und die Reichswehr?“; er beginnt mit der Versicherung, dass

dass in Deutschland selbst starke Kräfte gegen den Krieg wirken und mit einer Normalisierung des Systems den Abbau des Rüstungswettlaufes und der politischen Spannung erreichen könnten. Das Ausland hat diese Kräfte in der *grossen Industrie* und in der *Generalität des Reichsheeres* erblicken wollen. Die politische Ohnmacht der grossen Industrie, die völlig dem System der Kriegsvorbereitung unterworfen ist, ist seit langem sichtbar. Die Erledigung von Schacht hat diesen Tatbestand auch den Begriffsstutzigsten klarmachen müssen. Aber die Armee?

Sie hat ziemlich allgemein bisher als ein Hort der konservativen Kräfte gegolten. Aber seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hat sich ihre Struktur vollkommen geändert. Wer heute noch anstelle von „das Reichsheer“ sagt „die Reichswehr“, verkennet völlig, wie ganz anders die neue Armee in ihrer Tradition, ihrem Wesen und ihrem Offizierskorps ist als die alte Reichswehr. Die Anschauung, dass die gesamte Armee fest in der Hand der Generäle sei, die als geheime Fronde gegen die NSDAP und ihrer Herrschaft angesehen worden sind, war immer nur eine nicht zu begründende

die katholische Zeitung der deutschen Wehrmacht immer Verständnis und Achtung entgegengebracht habe; dass die Wehrmacht einen Machtblock darstelle, dem nichts im Dritten Reich an die Seite zu setzen sei, und dass sie deshalb Verantwortung für die Zukunft der deutschen Kultur trage. Dann fährt der Appell fort:

„Es gibt viele Deutsche, die schon anfangen, an der Reichswehr irre zu werden. Sie können es nicht begreifen, dass die mächtige Reichswehr einem System die Stabilität verleiht, das ohne ihre Disziplin längst zusammengebrochen wäre, einem System, das die besten deutschen Traditionen, die auch der Reichswehr ehrwürdig sind, mit Füssen tritt. Wir gehen Tagen ernster Entscheidung entgegen. Wenn nämlich die deutsche Wehrmacht sich einem Geiste beugt, der im absoluten Gegensatz zu der Gesinnung jener Armeen steht, die sich so glorreich im Weltkrieg geschlagen haben, wenn sie obendrein der wichtigste Nutzniesser eines Systems ist, das sie ehrlicher, weise gar nicht bejahen kann, dann ist sie eben mit im Verbrechen drin. Sie wird das verlieren, was sie jetzt noch besitzt, *das moralische Prestige*. Sie wird es in dem gleichen Masse verlieren, in dem sich die echt deutsche Tradition in ihren eigenen Reihen auflockert. Wir wollen nicht mehr sagen.“

Die katholische Opposition hat bis zuletzt geglaubt, dass von der Wehrmacht und ihren Führern der Charakter des Systems geändert werden würde. Heute ist die andere Alternative, die sie in diesem Appell aufgezeigt hat, zur Wirklichkeit geworden, und die illusionäre Hoffnung ist dahin.

Vermutung, — so wie es eine durch die Tatsachen widerlegte Vermutung war, dass die Rote Armee in Sowjet-Russland ein Instrument Tuschatschewskis und seines Generalstabes gewesen wäre. Es ist ein inneres Strukturproblem jeder Despotie, wie weit die Armee der Spitze der Despotie gehorcht, oder wie weit sie ihr gegenüber einen homogenen politischen Willen darstellt. Der Wille der neuen Armee in Deutschland war nie gegen den Krieg gerichtet — schliesslich ist es der Beruf der Generale, den Krieg vorzubereiten und zu führen! Der Wille zum Revanchekrieg, der seit fünf Jahren die ganze deutsche Politik bestimmt, ist der ausgesprochene Wille des Offizierskorps der neuen Armee. In diesem Willen ist es mit Hitler und den Führern der NSDAP einig. Das Offizierskorps der neuen Armee verdankt der nationalsozialistischen Herrschaft alles: die Zehntausende von neuen Offiziersstellen, den Rang, der Ausbau der Armee, die Konzentrierung der ganzen wirtschaftlichen Kraft des Volkes auf die Armee und die Kriegsvorbereitung — und dieses Offizierskorps sollte gegen die Spitze des Systems rebellieren, wenn sie sich entschliesst, entschiedener als zuvor den Kurs auf den Revanchekrieg zu nehmen?

Das Geheimnis, dass Hitler sechzehn Generale absetzen, Dutzende von hohen Offizieren auswechseln kann, liegt darin, dass die Gesamtheit des Offizierskorps den Kriegszweck bei ihm in guten Händen glaubt. Wer nur auf den Gegensatz zwischen den traditionell konservativen Kräften und der neuen Führerschicht starrt, der übersieht, dass ganz Deutschland nicht unter einem innerpolitischen, sondern unter einem aussenpolitischen Gesetz steht. Der kommende Krieg überschattet in Deutschland alles Geschehen. Der machtrunkene Nationalismus herrscht unbeschränkt. Er ist zu so beherrschender Stellung gelangt, weil die Blindheit, das Zaudern und die Unentschlossenheit der demokratischen Mächte ihm fünf Jahre lang die technische Vorbereitung des Revanchekrieges gestattet und damit auch die geistige Beherrschung des Volkes erleichtert hat. Heute ist in Deutschland das Volk nur das Anhängsel der Armee, ist selbst ein Teil der Kriegsmaschine, die immer fester zusammengeschweisst wird. Diese Kriegsmaschine ist nicht saturiert durch ihre eigene Existenz, sie drängt nach Wirksamkeit, und sie muss in Wirksamkeit gesetzt werden, weil sie heute schon an die Grenzen ihres maximalen Wachstums stösst. Das ist ein zwingendes inneres Gesetz des hitlerdeutschen Revanchewillens — und keine noch so kunstvolle Diplomatie, keine Hoffnung auf innere Spaltung und Parteilung wird den Losbruch verhindern.

Das ist *Angriff*, Angriff in der weitesten politischen und geschichtlichen Bedeutung des Wortes. Wer glaubt, dass das Instrument des Angriffes selbst den Angriff verhindern werde, der begeht einen ungeheuerlichen tragischen Irrtum, für den er einst wird teuer bezahlen müssen.

Es ist sinnlos, demgegenüber die Taktik der Beruhigung und der Einschlüferung der Sorgen der Völker weiterspinnen zu wollen. Sind die flammenden Kriegsfeuer in Spanien und China nicht schon Mahnung genug? Sollen die Völker nicht erfahren, dass die Gefahr, die sie selbst, ihr Leben, ihre Freiheit und die Zukunft der Demokratie in Europa bedroht, unmittelbar vor ihnen steht? Wer heute Il-

Ihre Humanität

Die Verbrechen brauner Flieger in Spanien

Die spanischen Rebellen haben sich für ihre Niederlage bei Teruel durch Luftangriffe auf offene spanische Städte gerächt. Diese mörderischen Angriffe haben Hunderten von Männern, Frauen und Kindern aus der Zivilbevölkerung das Leben gekostet.

Die wilde Barbarei dieser Verbrechen hat Abscheu selbst bei denen geweckt, die im allgemeinen Franco und seinen Spiessgesellen freundlich gegenüberstehen. In der öffentlichen Meinung Englands ist eine Wendung gegen Franco eingetreten.

Der französische Ministerpräsident *Chaumet* hat eine Aktion eingeleitet, die zur Einstellung des Luftkrieges gegen offene Städte führen soll. Die englische Regierung hat sich dieser Aktion angeschlossen. Sie hat in Salamanca eine Note überreichen lassen, die die Einstellung aller Bombardements offener Städte und der Zivilbevölkerung von Franco fordert. Die spanische Regierung lagerte sofort, ohne einen diplomatischen Schritt abzuwarten, alle Vorbereitungen zu Bombardierungsflügen eingestellt, sie verzichtet ausdrücklich auf Repressalien gegen die Verbrechen der Rebellen.

Gegenüber diesen Versuchen, der Barbarei eine Grenze zu setzen, spielt die deutsche Regierung ein doppeltes Spiel. Auf diplomatischem Gebiet gebärdet sie sich, als ob sie diese Versuche billige und unterstütze. In Wahrheit sind es deutsche Flugzeuge und deutsche Flieger, die an diesen brutalen Verbrechen beteiligt sind. Um dieser Verbrechen willen sind sie nach Spanien geschickt worden! Auf propagandistischem Gebiete aber verbindet sie wie immer Lüge mit Frechheit. Wir lesen im „Völkischen Beobachter“ vom 5. Februar:

„Wir haben aber bereits gestern darauf hingewiesen, dass der Anlass zu diesen englisch-französischen Humanitätswünschen uns etwas überraschend vorkommt. Sie knüpfen nämlich beziehungsweise nicht an jene *wiederholten bolschewistischen Luftangriffe auf offene Städte* an, wie die auf Salamanca, Sevilla usw., sondern tauchten erst im Verlauf von Ereignissen auf, die die Ueberlegenheit der nationalsozialistischen Luftwaffe immer klarer herausgestellt haben.“

So denken die deutschen Machthaber in Wahrheit, und die Lügen ihrer Diplomaten sind nur dazu da, ihre wahre Gesinnung zu verdecken! In Wahrheit hat es keine „wiederholten bolschewistischen Luftangriffe auf offene Städte“, wie die auf Salamanca, Sevilla usw.“ gegeben, sondern Vergeltungsflüge gegen diese beiden Städte, und kein „undsowweiter“! Erst nachdem systematisch von Franco die Abschichtung der Zivilbevölkerung durch Luftangriffe gegen die offenen Städte auf Regierungsgebiet betrieben wurde, hat die spanische Regierung sich zu diesen Repressalien entschlossen.

Plötzliche Humanitätswünsche? Hat sich nicht schon die Stimme der empörten Menschlichkeit gegen Hitlerdeutschland erhoben, als seine Flieger das grauenhafte Verbrechen von *Guernica* begangen haben?

Ueberlegenheit der nationalsozialistischen Luftwaffe? Der „Völkische Beobachter“ wollte wohl sagen: der deutschen Luftwaffe? Es gibt in der Tat eine solche Ueberlegenheit, nicht im Kampfe,

lusionen nährt, schwächt die Verteidigung!

Die Kriegsform des Reichskabinetts

In jedem totalitären System überschattet schliesslich der Kriegszweck alles. Wir haben seit 1933 auf den Sinn des totalitären Hitlerstaates hingewiesen, wir haben in jeder Phase seiner Entwicklung gezeigt, wie die wachsende Gewaltorganisation immer stärker die inneren politischen und sozialen Gegensätze niederhält und die Gesamtheit des Volkslebens dem Kriegszweck dienstbar macht. Ein Blick auf die deutsche Wirtschaft genügt, um zu erkennen, wie weit dieser Prozess gediehen ist.

Der Wille zur Totalität, das heisst

nicht in der Kampfkraft, nicht im stragischen Sinne — wohl aber in der Mördergesinnung, im Willen zur zynischen Abschichtung von Frauen und Kindern. Diese Ueberlegenheit haben deutsche Hitlerflieger schon bei *Guernica* demonstriert — und der „Völkische Beobachter“ enthüllt nur, wie die allgemein verbrecherische Gesinnung des braunen Systems mit dieser speziellen Mördergesinnung sympathisiert.

Taktik des Schweigens Das Volk darf nichts erfahren

Am Sonnabend, dem 5. Februar, erschien der „Völkische Beobachter“ mit einer grossen Schlagzeile an der Spitze des Blattes: „Trennt sich Südechina von Tschiangkai-schek?“ In allen ausserdeutschen Ländern besprachen zur gleichen Zeit alle Zeitungen den Schlag Hitlers gegen die konservativen Kräfte in der Wehrmacht. Für den innerdeutschen Gebrauch sind die Meldungen darüber so lange zurückgehalten worden, dass sie erst am Sonnabend gegen Mittag bekannt wurden.

Immerhin hatte auf diese Weise das Volk wieder eine echte Hitlersche Sonnabend-Ueberraschung. Und Hitler selbst hat sich eine gewisse Sicherung dagegen geschaffen, dass ihm „sein Volk“ eine unangenehme Ueberraschung bereitet.

Eine sofortige, offene und ehrliche Bekanntgabe der Tatsache, dass der seitherige Oberbefehlshaber des Heeres, General *Fritsch*, in seiner Wohnung von hitlertreuen Offizieren bewacht und festgehalten wurde, hätte möglicherweise einige hundert Deutsche zu einem spontanen Neugier-spaziergang vor *Fritschs* Wohnung oder gar in die *Wilhelmstrasse* geführt.

Bei den Staatskrisen des braunen Systems hat sich die Taktik herausgebildet, die Distanz zum deutschen Volk zu vergrössern, indem es erst möglichst spät erfährt, was sich ereignet hat, und was seine Führer für Pläne auf seinem Rücken schmieden.

Furcht vor der Wahrheit

In Paris ist, unterstützt von Organisationen der französischen Volksfront, eine Ausstellung „Fünf Jahre Hitler-Regime“ veranstaltet worden. Das braune System tobt dagegen an. Es fühlt sich durch jede Enthüllung seiner Verbrechen beleidigt. Diplomatisch verkriecht es sich dabei hinter „Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes“. Der deutsche Botschafter in Paris ist in Bewegung gesetzt worden. Er muss sich beschweren und protestieren. Immerhin ist Frankreich nicht so leicht einzuschüchtern wie andere, kleinere Länder, denen man mit der gepanzerten Faust drohen kann. Die Ausstellung bleibt also. Es bleibt aber auch die Tatsache, dass das braune System die Methode seines Terrors gegen die Wahrheit auch in Frankreich einzuführen sucht. Wann werden die grossen demokratischen Regierungen erkennen, dass es gegen diesen Terror eine ausgezeichnete Waffe gibt: die einfache, wahrheitsgemässe, fortlaufende Enthüllung der sozialen, politischen und moralischen Tatbestände in Hitlerdeutschland?

Der Wartesaal

Völkerbund zwischen den Krisen

Die letzte Tagung des Völkerbundes hat wieder einmal jenen Ausspruch Litwinows gerechtfertigt, dass der Völkerbund ein Wartesaal sei. Dies Wort ist übrigens von Litwinow durch ein ande-

dieser Staatskrise über die innere Parteilung im System selbst gesiegt. Militärisch-technisch ist die Neuordnung der Befehlsgewalt und die Umgestaltung der Reichsregierung ein Schritt weiter zur einheitlichen Kriegsführung. Daneben geht der Sieg über die Gegner des Vierjahresplanes. Das Reichswirtschaftsministerium ist nach den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft endgültig umgestaltet worden, es hat die Verfassung erhalten, die es im Kriege haben müsste. Die entscheidenden Abteilungen — Rohstoffe und Bergbau, Schwerindustrie, Aussenhandel und Devisenbewirtschaftung — sind unter die Leitung von Militärs gestellt worden. Der neue Reichswirtschaftsminister ist nur eine Schatten-zum absoluten Kriegszweck, hat in

res ersetzt worden. Nehmt dem Völkerbund den Sanktionsartikel — so sagte er — und er wird sein:

„Ein universaler Nichtinterventions-ausschuss, der jedem Angreifer unter allen Umständen volle Freiheit gewährt.“

Der Versuch, den Völkerbund durch die Streichung dieses Artikels auch formell zu entmannen, ist jedoch nicht gelungen. Die Frage der „Paktreform“ ist einfach verlagert worden. Das Recht des Völkerbundes ruht zwar praktisch, aber es kann eines Tages wieder wirksam gemacht werden. Wenn die Angreiferstaaten diese Möglichkeit nicht fürchten würden, hätten sie nicht so viel diplomatische Aktivität auf die formelle Zerstörung des Völkerbundes verwandt.

Unmittelbar vor dieser Tagung stand die französische Regierungskrise, unmittelbar nach dieser Tagung hat sich die internationale Spannung gesteigert. Das Piratenum im Mittelmeer hat aufs neue begonnen, alle Anzeichen deuten auf neue faschistische Intervention in Spanien, und in Deutschland hat die Kriegspartei die volle Macht an sich genommen:

Die eigentlichen Entscheidungen fallen nicht im Völkerbund. Wenn die grossen demokratischen Mächte festen Widerstandswillen zeigen, wird auch der Völkerbund stark sein. Das Recht ist immer nur dann stark, wenn es einen Willen zu seiner Verteidigung gibt.

Deutsche Waffen in Paris

In Pariser Vororten sind abermals Waffen der französischen Rechtsputschisten aufgefunden worden. Es waren dabei wieder zehn deutsche Maschinenpistolen. Das sind die Geschenke, die das braune Deutschland zum Zeichen seines Verständigungswillens nach Frankreich schickt! Nach dem Machtwechsel vom 4. Februar hat die braune Propaganda den französischen Zeitungskorrespondenten einzureden versucht, *Ribbentrop* und *Göring* seien die wärmsten Freunde einer aufrichtigen Verständigung mit Frankreich. Wer glaubt, dass die Fülle der aus Deutschland stammenden Waffen, die bei französischen Rechtsputschisten beschlagnahmt worden sind, ohne Kenntnis *Görings* hätten nach Frankreich gesandt werden können?

Kein Geld für Hitler

Herbert Morrisons Warnruf

In einer Rede in Pontypool sprach Herbert Morrison über die Absichten englischer Grossbankiers, Hitler eine Anleihe zur Verfügung zu stellen. „Diese Kapitalisten“, sagte er, „mögen sie Juden oder Christen sein, sind Verräter an ihrem eigenen Volk. Ich warne sie — wenn eines Tages die unvermeidliche Revolution kommt, wird es ihnen gehen wie jenen, die dem Zaren von Russland Geld liehen. Ich bin überzeugt, im Namen der ganzen Arbeiterpartei zu sprechen, wenn ich sage, dass Leute, die ihr Geld an Tyrannen verleihen, bei dem Versuch, es zurückzubekommen, keinerlei Hilfe von unserer Seite zu erwarten haben.“

Marionetten. Wir lesen im „Völkischen Beobachter“ einen Aufsatz über das Sowjetparlament mit der Ueberschrift: „Marionetten-theater — Sowjetparlament“. Ob sie dabei an den Diätenklub gedacht haben, der sich „Deutscher Reichstag“ nennt?

figur. Die Neugestaltung der Reichsregierung besteht darin, dass der regierende Ausschuss oder Kronrat unmittelbar alle entscheidenden Funktionen beherrscht und dirigiert.

Alles in einer Hand — so beschreibt die Hitlerpresse das Ergebnis der Umgestaltung. Es ist richtig — alles in der Hand der Kriegspartei. Sie macht klar zum Gefecht. Die Reichsregierung hat ihre Kriegsform erhalten. Das ist keine Sensation für neugierige, aber unbeteiligte Zuschauer! Es gibt dabei keine Unbeteiligten. Es ist drohender Ernst. Man muss es laut sagen, dem deutschen Volke, allen Völkern. Jetzt ist keine Zeit für staatsmännische Säuseleien.

Denn sie wollen den Krieg, sie wollen den Krieg, sie wollen den Krieg!

Alarm in England

Weil indische Polizei durch Prügel Aussagen erpresst

Aufregung in England. Presse und Parlament beschäftigen sich mit den brutalen Methoden der einheimischen Polizei im Pundschab, die durch einen krassen Vorfall ans Licht gekommen sind.

In Rawalpindi wurde der Eingeborene Kiru unter dem Verdacht, an einem Einbruch beteiligt gewesen zu sein, verhaftet. Um ein Geständnis zu erpressen, misshandelten ihn eingeborene Polizisten stundenlang. In seiner Verzweiflung riss sich Kiru los und tötete einen seiner Peiniger.

Das Gericht verurteilte ihn zu lebenslänglicher Deportation. Aber der höchste Richter des Pundschab, Sir Douglas Young, sprach ihn frei. Der Mann, sagte er, habe in gerechter Selbstverteidigung gehandelt; nicht er sei zu verurteilen, sondern die Polizei, die durch das erbarmungslose Schlagen von Gefangenen Geständnisse zu erpressen versuche.

Dies der Tatbestand. Es ergibt sich aus ihm, dass Indien unter englischer Verwaltung in weit höherem Masse ein Rechtsstaat ist als Deutschland.

Kiru war immerhin eines gemeinen Verbrechens verdächtig. In Deutschland aber werden ebenso wie er Personen behandelt, gegen die nicht einmal der Schatten des Verdachts eines gemeinen Verbrechens vorliegt. In Deutschland wäre auch ein Mann, der sich gegen die Folterung wehrte, niemals mit dem Leben davongekommen; man hätte ihn nicht erst zum Tode verurteilt, sondern gleich an Ort und Stelle „fertig gemacht“, wie es Ungezählten gegangen ist, die sich nicht einmal gewehrt haben. In Indien hat man den Mann, der in Gegenwehr seinen Peiniger erschlug, selbst in erster Instanz nicht zum Tode verurteilt, sondern nur zu lebenslänglicher Deportation.

Und nun gar dieser oberste Richter, Sir Douglas Young! Kann man sich eine solche Erscheinung im braunen Deutschland überhaupt vorstellen? Kann man sich in Deutschland vorstellen, dass die öffentliche Meinung Englands aufsteht, weil im fernen Indien ein armer Teufel, der einer Dieberei verdächtig war, geschlagen wurde?

Wahrlich, als Deutscher könnte man vor Neid vergehen, dass man kein indischer Kuli ist!

Kulturaustausch

Gastspiele gegen Dynamit

Im Prager „Deutschen Theater“ wird nächstens das Berliner Schiller-Theater gastieren. Die Veranstaltung steht unter dem Protektorat des tschechischen Schulministers Dr. Franke und des deutschen Gesandten in Prag, Dr. Eisenlohr. Ein Gastspiel des tschechischen Nationaltheaters in Berlin wird folgen.

Solche Veranstaltungen auf Gegenseitigkeit heißen in der offiziellen Sprache „Kulturaustausch“. Dieser Kulturaustausch ist eine Unterabteilung der von Deutschland betriebenen „auswärtigen Kulturpolitik“, die ihre teils sichtbaren, zum grossen Teil aber unsichtbaren Fäden über die ganze Welt zieht. Was Deutschland mit dieser Kulturpolitik bezweckt, ist soeben von offizieller Seite erläutert worden. Die vom Deutschen Institut für Aussenpolitische Forschung in Berlin und vom Hamburger Institut für Auswärtige Politik in der Ex-sensu Verlagsanstalt herausgegebenen „Monatshefte für Auswärtige Politik“ (Januarheft) enthalten einen Artikel „Zum Problem auswärtiger Kulturpolitik“. Darin heisst es:

„Das heutige Ziel jeder kulturellen Auslandsarbeit ist durch die geistige und politische Lage Europas gegeben. Dem Bedürfnis Europas nach einer gemeinsamen Formel wird jede Kulturpolitik Rechnung tragen müssen. Um diese Formel aber geht heute die Auseinandersetzung. Es hat sich herumgesprochen, dass der französische Universalismus nicht mehr langt, um Europa das Bewusstsein einer geistigen Einheit wiederzugeben. Aber die europäischen Länder warten auf Parolen, die eine neue Ordnung zu begründen geeignet sind.“

Und Deutschland ist — wie z. B. die Fälle Franco, Stojadinowitsch und Goga zeigen — jederzeit bereit, derartige Parolen zu liefern. Die „neue Ordnung“ Europas wird in deutschen Rüstungsfabriken vorbereitet, die deutsche „Kulturpolitik“ ist Brandstiftung. Daran sollten alle denken, die sich auf einen „Kulturaustausch“ mit dem Dritten Reich einlassen.

Die deutsche Wehrwirtschaft 1937

Schranken der Autarkie / Von Dr. Richard Kern

In den fünf Jahren der Hitlerherrschaft hat sich die totalitäre Staatsmacht die Wirtschaft in immer höherem Masse unterworfen. Das bedeutet nicht nur die Verfügung über die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte der Gesellschaft; die Herrschaftsorganisation ist auch so stark geworden, dass sie sich in weitgehendem Masse von den Einflüssen der einzelnen sozialen Gruppen emanzipieren kann. Die Politik übt das Primat über die Wirtschaft aus, und Inhalt der Politik ist allein die Erhaltung und Erweiterung der Macht der Herrschaftsorganisation. Dem dient die „Wehrwirtschaft“, die zu ihrer Durchführung der unbeschränkten Verfügung über die Privatwirtschaft bedarf. Die Wehrwirtschaft schliesst zwei Komponenten ein: einmal die unmittelbare, grösstmögliche Steigerung der Militärmacht, zweitens die Wehrfreiheit, d. h. das Bestreben, in Kriegszeiten in möglichst grossem Umfange für möglichst lange Zeit von den Wirkungen einer Blockade, von der Abhängigkeit in der Einfuhr frei zu sein. Dazu ist nötig die immer stärkere Umstellung der Produktion von der Erzeugung des zivilen, auf die des militärischen Bedarfs und die Autarkieproduktion, d. h. die gesteigerte Erzeugung einheimischer Roh- und Ersatzstoffe.

Zur Erreichung dieser Zwecke hat die Diktatur ungeheure finanzielle Mittel eingesetzt. Die **Steuereinnahmen**, die im Etatsjahr 1933-34 6,85 Milliarden Reichsmark erbrachten, werden für das laufende Etatsjahr, das mit dem 31. März 1938 abschliesst, auf etwas über 14 Milliarden geschätzt. In den fünf Jahren seit 1933 beträgt das Mehreinkommen an Steuern rund 17 Milliarden. Seit 1935 hat das Reich Jahr für Jahr in zunehmendem Masse neue Anleihen aufgenommen, deren Placierung dadurch erleichtert wurde, dass die Reichsbank sich zu ihrer Lombardierung (Beleihung) verpflichtet hat. Mit der neuesten dieser Anleihen im Betrag von 1,2 Milliarden beläuft sich die Anleihe summe auf 8,2 Milliarden.

Aber die Ausgaben werden nicht nur auf dem normalen Wege durch Steuern und Anleihen gedeckt. Ein sehr erheblicher Teil wird bekanntlich durch die Ausgabe von **Reichswechseln** gedeckt, die die Reichsbank jederzeit diskontiert, und mit denen die Lieferanten vom Staat bezahlt werden. Die Grösse des Umlaufs dieser Wechsel, die bei der Reichsbank, den privaten und öffentlichen Kreditinstituten, Versicherungsgesellschaften und Sparkassen, aber auch zu einem erheblichen Teil bei der Industrie untergebracht sind, ist ein streng gehütetes Geheimnis. Auf Grund einer Analyse der Bankbilanzen ist es aber möglich, zu einem sich der Wirklichkeit mindestens stark näherndem Bild zu kommen. Danach ergibt sich ein Umlauf dieser Sonderwechsel in der Höhe von rund 12,5 Milliarden, wobei wir hervorheben möchten, dass es sich dabei um eine sehr vorsichtige Berechnung handelt; die ausländische Fachpresse hat zum Teil viel höhere Ziffern genannt. Schliesslich möchten wir noch einen Posten in Berechnung stellen. Durch die Abnahme der Arbeitslosigkeit ist in den fünf Jahren eine Summe von 7,47 Milliarden eingespart worden.

Wir kommen so zu einem Betrag von insgesamt rund 45 Milliarden, die das nationalsozialistische Regime in den fünf Jahren seiner Herrschaft an Mehraufwendung ausgegeben hat.

Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Und in der Tat erscheint die Summe zunächst unglaublich. Aber erinnern wir uns, dass der Reichsfinanzminister in einer Rede Ende 1935, also vor zwei Jahren, bereits den Betrag an Sonderwechseln auf 7 Milliarden angegeben hat; seitdem ist allerdings offiziell keine Ziffer mehr genannt worden. Eine weitere Steigerung um weitere fünf Milliarden, in der Zeit der angespanntesten Aufrüstung und der Finanzierung des zweiten Vierjahresplans, erscheint dann noch mässig. Die anderen Ziffern sind der offiziellen Statistik entnommen und unterliegen überhaupt keinem Zweifel.

Der grösste Teil dieser riesigen Mittel

wurde zur Aufrüstung und in den letzten zwei Jahren zur Förderung der Autarkieproduktion eingesetzt. Damit bestimmte der Staat direkt Richtung und Ausmass der Produktion. Aber auch die privaten Investitionen wurden nicht mehr nach dem Willen der Unternehmer vorgenommen. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt das so dar:

„Zwar fehlte es nicht an Investitionen in der privaten Sphäre. Sie stiegen wahrscheinlich gegenüber dem Vorjahre nicht wenig, aber sie entsprangen oder waren abhängig meist nicht von dem eigenen unternehmerischen Antrieb der Investoren, sondern wurden ausschliesslich von der Zweckmässigkeit der im Vierjahresplan gesetzten Aufgaben geleitet, d. h. das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe entschied letztlich über sie.“

Dieser Einordnung des ganzen deutschen Unternehmertums in die staatspolitischen Zwecke dienen die ineinandergreifenden Massnahmen der deutschen Zwangswirtschaft. Da gibt es die direkten Befehle, wenn z. B. die I. G. Farben-Industrie aus ihren eigenen Mitteln, durch die ausserordentliche Höhe des Kautschukzolls nur zum Teil gegen Verluste geschützt, die kostspieligen Anlagen zur Herstellung von Buna erstellen, oder sie und die Braunkohlenindustrie neue Benzinwerke errichten oder die Textilindustriellen Faserstofffabriken bauen müssen. Da gibt es die Investitionsverbote für einzelne Industrien, Rohstoffzuweisungen nur unter der Bedingung bestimmter Verwendungsarten, oder das Emissionsverbot, das den Unternehmern die Kapitalaufnahme für andere als vom Staate gewünschte Zwecke unmöglich macht. So wird die deutsche Wirtschaft, trotz Fortbestehens des Privateigentums, immer mehr in eine Staatswirtschaft verwandelt. Es ist bezeichnend, dass der Anteil der öffentlichen Hand an dem Gesamtumfang der Investitionen auf mehr als 70 Prozent anzusetzen ist.

Der Einsatz der riesigen finanziellen Mittel zu einem erheblichen Teil inflationistisch, durch Ausweitung des Notenbankkredits geschaffen wurden, hat zu einer starken Erweiterung der Produktion auch über den Stand der früheren Hochkonjunkturjahre hinaus geführt. Betrug der Index der gewerblichen Gütererzeugung insgesamt nach der offiziellen Statistik 103 im dritten Quartal 1929, so war er 1936 auf 107,8 und 1937 auf 116,7 gestiegen. Dabei war in den gleichen Jahren der Index der Produktionsgütererzeugung von 107,1 auf 119 resp. 132,3 angewachsen. Dagegen betrug der Index der Verbrauchsgüterproduktion, der 1929 auf 98,6 stand, 1936 erst 96,6; erst 1937 übertraf er mit 104,6 den Stand von 1929. Dabei ist aber noch anzumerken, dass ein grösserer Teil der sogenannten Verbrauchsgüterproduktion heute nicht dem zivilen, sondern gleichfalls dem militärischen und paramilitärischen Bedarf dient.

Die Anspannung aller Produktivkräfte hat zu den bekannnten Erscheinungen der Rohstoffknappheit geführt. Durch das Handelsmonopol war es aber möglich, die Einschränkung wesentlich dem zivilen Bedarf aufzuerlegen. Vergleicht man die Mengen der zivilen Einfuhr mit denen der rüstungswichtigen Einfuhr, so ergibt sich folgendes Bild:

	1929	1936
Wolle	2,46	1,254
Baumwolle ..	4,768	3,250
Felle, Häute ..	1,529	1,33

Im Gegensatz zu dieser Abnahme steht die Zunahme, die folgende Tabelle zeigt:

Rüstungswichtige Einfuhr in Millionen Doppelzentnern	1929	1936
Mineralöl ..	25,31	32,35
Eisenerz ..	169,53	184,69
Sonst. Erze	36,14	38,34
Kautschuk	0,59	0,83

Im Jahre 1937 trat allerdings eine für die Wehrwirtschaft ungünstige Verschiebung ein. Infolge des schlechten Ernteausfalls musste der Import von Nahrungsmitteln stark erhöht werden. Bei einer Zunahme der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr von 4 218 auf 5 468 Millionen Reichsmark oder rund 30 Prozent, stieg die Einfuhr von Nahrungsmitteln von 1 499 auf 1 947 Millionen

oder um 36 Prozent, die Einfuhr von Rohstoffen aber nur um 27 Prozent. Auch in diesem Jahre muss mit einer verstärkten Lebensmitteleinfuhr gerechnet werden.

Im Hochkonjunkturjahr 1929 gab es keine Rohstoffknappheit und keine Versorgungsschwierigkeiten. Wenn es heute solche gibt, so aus dem einzigen Grunde, weil statt der Güter für den Markt Güter für die Arsenale produziert werden, weil das Tempo der Aufrüstung so schnell ist, dass auch die vermehrte Einfuhr von Kriegsrohstoffen, die noch dazu mit einer Ausdehnung der Eigenproduktion an Erzen, Treibstoffen und Ersatzstoffen einhergeht, nicht ausreicht, um die Nachfrage der Rüstungsindustrie zu befriedigen, trotz der Ablenkung der Rohstoffeinfuhr von dem zivilen auf den militärischen Bedarf. Die Diktatur hat die deutsche Rüstungskraft weit über die deutsche Wirtschaftskraft hinausgetrieben und durch diese Politik erst die Rohstoffknappheit herbeigeführt. Vom Standpunkt einer normalen Wirtschaft existiert in Deutschland kein Rohstoffproblem. Die Knappheit wäre in dem Moment beseitigt, in dem das deutsche Rüstungsbudget etwa auf dem Umfang des englischen oder französischen zurückgeführt würde. Ueberflüssig zu sagen, dass die Diktatur daran am wenigsten denkt. Viel näher liegt ihr eine weitere Einschränkung des Bedarfs für zivile Zwecke, und ausdrücklich hat die „Frankfurter Zeitung“ dies als eine der Aufgaben der Wirtschaftspolitik für 1938 bezeichnet.

In einer wichtigen Beziehung aber scheint das Jahr 1938 für die nationalsozialistische Politik eine schwere Verlegenheit heraufzubeschwören. Während die Rüstung, um das durch die Abwehrrüstungen der anderen gestörte Gleichgewicht zu erhalten, noch weiter vermehrt werden soll, während gigantische Autarkiepläne nach Art der Reichseisenwerke Göring, deren vorläufige Kosten auf 600—700 Millionen Mark geschätzt werden, in Ausführung begriffen sind, ist eine schwer zu überschreitende Schranke entstanden. Die Produktivkräfte sind voll angespannt und der Arbeitermangel macht sich immer stärker fühlbar. Wir haben schon in einem früheren Artikel darauf hingewiesen, dass in diesem Jahre 200 000 Landarbeiter angeworben werden sollen, die die Devisenbilanz mit 70 Millionen jährlich belasten werden. Aber auch auf dem Gebiete der Industrie zeigt sich nicht nur mehr Facharbeiter- sondern allgemeiner Arbeitermangel. Daher die jetzt in Deutschland erwachende Diskussion über eine neue Rationalisierung, die Arbeiter einsparen soll. Eine solche erfordert jedoch, ebenso wie jede Vermehrung der Produktivkräfte neue zusätzliche Investitionen grossen Umfangs. Diese setzen zunächst verstärkte Rohstoffeinfuhr und zusätzliche Arbeitskräfte voraus, die beide nicht zur Verfügung stehen. Hier ergibt sich aus der Begrenzung der menschlichen und materiellen Produktivkräfte, so gewaltig diese auch in Deutschland sind, eine Hemmung, die noch früher und unüberwindbarer sich geltend macht als die der weit getriebenen inflationistischen Finanzierung. Der Versuch ihrer Ueberwindung müsste zu einer weiteren starken und akuten Einschränkung des Konsums, zu einem schweren Druck auf die Lebenshaltung führen. Aber ein solches Experiment ist heute auch wohl der Diktatur kaum mehr erlaubt.

Die arische Hand. In Deutschland wird jetzt Herren- und Damenkonfektion mit einem Anbinde-Etikett angeboten, das die Worte „Ware aus arischer Hand“ trägt. Dies Etikett soll allmählich für alle Waren eingeführt werden. Es hat Leute gegeben, die an ein Nachlassen des Antisemitismus in Deutschland glaubten!

Verwandtschaft. Die Naziorganisation in Rumänien, die sich „Volksgemeinschaft der Deutschen“ nennt, ist von der Regierung Goga als „Partei der deutschen Volksgruppe“ anerkannt worden. Sie darf auf der Regierungsliste kandidieren und erhält zwölf Sitze in der Kammer. Man nennt das in Rumänien des neuen Kurses „Wahl“.

Berichte aus Deutschland

Justizterror

Neue Hamburger Zuchthausurteile

Vor dem Hamburger Sondergericht war eine weitere Gruppe ehemaliger Reichsbannerleute und Sozialdemokraten angeklagt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, für inhaftierte Staatsfeinde, sowie politische Flüchtlinge und deren Angehörigen, Geldsammlungen geplant und durchgeführt zu haben. Ausserdem wurde ihnen als eine strafbare Handlung angerechnet, dass sie bei der Wahl von 1936 Karten verteilt hätten mit der Aufforderung, mit „Nein“ zu stimmen.

Die Urteile lauteten wie folgt:

Heinrich Höcke	3 Jahre Zuchth.
Willi Aldag	3 Jahre Zuchth.
Karl Bock	2 Jahre Zuchth.
Willi Oldenburg	2,5 Jahre Gef.
Hans Borowski	2,5 Jahre Gef.
Willi Grillbach	2 Jahre Gef.
Willi Hagemann	2 Jahre Gef.
Artur Klingenberg	1,5 Jahre Gef.
Adolf Bollmann	1,5 Jahre Gef.
Karl Ahrens	2 Jahre Gef.
Willi Käter	2,5 Jahre Gef.
Walter Knop	21 Mon. Gef.
Friedrich Schäfer	21 Mon. Gef.
Karl Helm	18 Mon. Gef.
Willi Cristensen	1 Jahr Gef.
Oskar Jost	1 Jahr Gef.
Ernst Helling	9 Mon. Gef.

Tod für Menschlichkeit

Schicksal eines Moabiter Gefängnisbeamten

Ein Urteil des Volksgerichts in Berlin ist, wie der „Manchester Guardian“ meldet, erst jetzt bekanntgeworden. Am 21. Oktober vergangenen Jahres stand vor ihm ein Beamter des Moabiter Gefängnisses namens Moritz. Er war angeklagt, unerlaubte Beziehungen zu politischen Gefangenen, unter ihnen auch zu Ernst Thälmann, unterhalten zu haben.

Moritz verteidigte sich mit grosser Kühnheit und übte an dem heutigen Strafvollzug sowie an den Methoden der Gestapo und der SS scharfe Kritik.

Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Prozess war am 21. Oktober um elf Uhr zu Ende. Um drei Uhr fand man Moritz tot in seiner Zelle.

Fillusch

Der typische Nazibonze

Es wird uns geschrieben:

Zwischen dem Oberbürgermeister *Fillusch* und dem Kreisleiter *Jonas* in Hindenburg sind heftige Differenzen ausgebrochen. *Jonas*, der sich in der Arbeitsfront eines gewissen Vertrauens erfreut, ist in Versammlungen wiederholt gegen *Fillusch* aufgetreten, weil ein Mann mit seiner Vergangenheit, ein Saubold ohne gleichen, nicht würdig sei, ein solches Amt zu bekleiden. Man muss daran erinnern, dass *Fillusch* bereits verurteilt und seines Amtes enthoben war, aber infolge des persönlichen Eingreifens von Hitler in sein Amt wiedereingesetzt werden musste. Nun scheint *Jonas* als Kreisleiter auf den Posten des *Fillusch* zu reflektieren und sammelt alles Material, um *Fillusch* erneut vor das Parteigericht zu bringen. SA-Kreise sind der Ansicht, dass es dem Kreisleiter *Jonas* jetzt gelingen wird, *Fillusch* endgültig zu beseitigen.

Im seinerzeitigen Prozess wegen Beleidigung des *Fillusch* wurde auch ein alter Kämpfer, *Palenga*, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Parteikreise setzten es gegen den Willen *Fillusch* durch, dass *Palenga* nach zweimonatiger Haft wieder aus dem Gefängnis entlassen wurde. Jetzt droht er dem *Fillusch* bei jeder Gelegenheit, er werde schon dafür sorgen, dass seine Unterschlagungen an den Tag kommen würden.

Noch ein Kamerad

Der Potempa-Mörder *Gräupner*, der vor seinem Eintritt in die SA bekanntlich Bajonettkämpfer war, soll jetzt wegen Unterschlagungen ins Konzentrationslager eingeliefert worden sein. *Gräupner* wurde nach seiner von Hitler verfügten Entlassung als Oberlandjäger nach Westfalen versetzt. Zweimal soll er bereits vorher verwarnt worden sein, jetzt hat ihn das Schicksal doch erreicht. Die Nachricht

Ein Naziporträt

Typischer Lebenslauf eines Nazibonzen

Man schreibt uns aus Sachsen:

Als Mitte Oktober 1937 der kommunalpolitische Ruf Leipzigs durch die Ernennung des nationalsozialistischen Kreisleiters *W. Dönicke* zum Oberbürgermeister restlos kompromittiert wurde und das neue Stadtobhaupt seinen Posten als Kreisleiter niederlegen musste, erhielt er einen äusserst „würdigen“ Nachfolger: Ernst Karl Wettengel aus Krugsreuth bei Asch in der Tschechoslowakei. Für die Leipziger war dieser neue Parteigewaltige ein unbeschriebenes Blatt. Desto besser ist der 35jährige Wettengel, Reichstagsabgeordneter und „Ehrenzeichenträger“, der Bevölkerung des oberen Vogtlandes bekannt. Diese hat auch nicht schlecht geschmunzelt, als seine Autobiographie, mit der sich der neue Kreisleiter in seinen jetzigen Wirkungskreis einführte, die Runde durch die sächsischen Nazizeitungen machte. Was da Wettengel über seine Vergangenheit berichten lässt, ist wirklich eine Musterleistung nationalsozialistischer Verdrehungskunst und Verlogenheit. Stellen wir den Selbstbeweihräucherungen Wettengels nur einige Tatsachen aus dem bewegten Leben seiner dunklen Vergangenheit gegenüber, um das wahre Gesicht dieses Nazi-Ehrenmannes zu zeigen!

Schon dass sich Wettengel als der Sohn eines Landwirts bezeichnet, gehört in das Reich der Fabel. Mit seinem „völkischen und grossdeutschen Gedankengut“, das er

sich angeblich schon als Schüler und kaufmännischer Lehrling erwarb, war es herzlich schlecht bestellt, denn Ernstel machte in seiner Jugendmaienblüte in *Kommunismus*, ohne freilich in der kommunistischen Partei organisiert zu sein.

Ueber seine berufliche Tätigkeit schweigt sich *W.* verschämt aus. Das ist einer seiner dunklen Punkte. Bevor er endgültig den Staub der Tschechoslowakischen Republik von seinen Füssen schüttelte, fristete er sein Dasein durch *Schmuggel*. Für eine geordnete Arbeit war Wettengel nicht zu haben. Die Pascherei brachte ihn öfters mit Juden in „geschäftliche Verbindung“, was sein antisemitisches Gewissen durchaus nicht beschwerte. Als sein „Geschäft“ sich nicht mehr so rentierte, tauchte er in Deutschland unter, nachdem er dort bereits 1920 in Oberschlesien als Angehöriger der Selbstschutzformation eine kurze Gastrolle gegeben hatte. In Deutschland schloss er sich, wie so viele asoziale Elemente, der NSDAP an.

Im Jahre 1925 musste er seiner Militärpflicht in der Tschechoslowakei genügen. Dass das tschechoslowakische Militär einen ordentlichen Menschen aus ihm machen wollte, konnte Wettengel nicht vertragen und so desertierte er eines Tages, als er sich auf Urlaub in Krugsreuth befand, mit Sack und Pack nach Deutschland. In seinem Lebenslauf stellt er seine Fahnenflucht

als Folge der Unduldsamkeit der Tschechen hin, die „ihn bald als Nationalsozialisten erkannt und verfeimt“ hätten. In Deutschland liess er sich in Bad Elster, hart an der Grenze, nieder und eröffnete eine Gemischtwarenhandlung. Seine kaufmännischen Fähigkeiten führten bald zum Bankrott des Geschäftes und *W.* probierte es als Schokoladenvertreter. Als solcher vergass er, kassierte Gelder an seine Firma abzuliefern, was schnell seiner Vertretertätigkeit ein Ende setzte. Nunmehr versuchte er es mit einer Autoreparaturwerkstatt. Doch auch damit war es bald vorbei. Seine Kundschaft hatte kein Verständnis dafür, dass die neuen Reifen ihrer bei *W.* in Reparatur befindlichen Fahrzeuge durch alte, galvanisierte Reifen ersetzt wurden und bei *W.* käuflich zu erwerben waren. So wurde *W.* wiederum ein Opfer der liberalistisch-marxistischen Wirtschaftsauffassung.

Nun verschrieb sich Wettengel, der es trotz seiner beruflichen „Unfälle“ im Laufe der Zeit bis zum Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bad Elster gebracht hatte, restlos der Naziparteitätigkeit. Dort war er in seinem Element. Er kletterte von Stufe zu Stufe und bekam 1934 im Braunen Haus in München den letzten Schliff, um 1935 als Gauinspekteur in Dresden zu landen. Nun ist Leipzig mit ihm beglückt worden. Nach dem Streikbrecher *Dönicke* der Deserteur und Bankrotteur Wettengel als Kreisleiter! Armes Leipzig! Armes Deutschland!

stammt aus seinem früheren SA-Sturm in Beuthen.

Gräupner ist einer von jenen Helden, die Hitler ein paar Wochen vor seiner Ernennung zum Reichskanzler feierlich als „meine Kameraden“ antelegraphiert hatte.

Fastnacht gleichgeschaltet!

Aus Baden wird uns geschrieben:

In Süddeutschland nahm die Fastnacht immer einen grösseren Raum ein und besonders auch in Baden, ohne Unterschied, ob die Orte von katholischer oder evangelischer Bevölkerung bewohnt sind. Es bestehen in allen grösseren Orten sogenannte Narrengesellschaften, die teilweise auf einen Bestand von über einem Jahrhundert zurückblicken können. Die Namen sind die mannigfaltigsten. In Mannheim nennen sie sich „Feurio“, in Konstanz „Hemdtklonker“ und in den katholischen Gebietsteilen sind es direkte Narrenzünfte, die bezirksweise zusammengefasst sind. Bislang waren es immer noch private Vereine und Zünfte, denen alles angehörte, ohne irgend welchen politischen Unterschied. Da stand der Kommunist neben dem Deutschnationalen. Teilweise verfügen diese Gesellschaften, die sehr oft auch mit den Trachtenvereinen verbunden waren, über *sehr grosse Vermögen*. Dies Vermögen sticht nun, scheint, auch den Nazis in die Nase.

Jedenfalls ist festzustellen, dass in den letzten Wochen, und sogar Monaten, Aufmärsche und sogenannte Grosskundgebungen für das WHW, waren, die in Baden, wie die Berichte übereinstimmend aus den verschiedensten Landesteilen lauten, sehr schlecht besucht waren. Es ist ganz still geworden, man hat diese Kundgebungen, scheint, abgeblasen. Dafür wirft sich jetzt die Organisation „Kraft durch Freude“ auf die historisch gewordene Fastnacht. Ueberall nimmt sich nun die KdF, der Fastnacht an und die Narrenzünfte und sonstigen Vereine haben sich ihr unterzuordnen. Man hat bei den Nazis die Geldquelle gerochen. Wie tief einschneidend die Sache vom Volke aus gesehen ist, lässt sich am besten daran ermassen, dass es beinahe in den Jahren 1919-1920 zu Tumulten gekommen wäre, als der damalige Innenminister Remmele, in Anbetracht der grossen Not des Volkes, die öffentliche Fastnacht untersagt hatte.

Freut euch des Lebens!

Ein Chemnitzer Betrieb hat das Sirenen-signal, das bisher Arbeitsbeginn und Arbeitsschluss ankündigte, abgeschafft. Im Zeichen von „Kraft durch Freude“ findet es der Unternehmer schicklicher, an Stelle der Sirene Melodien bekannter Lieder durch Lautsprecher übertragen zu lassen. Statt des Sirenengehens verkündet jetzt die

durch den Lautsprecher übertragene Melodie „Freut euch des Lebens“ den Arbeitern den Arbeitsbeginn.

Bis zum 31. März wird in den Hamburger Schulen den Kindern der zwei untersten Schulklassen, soweit es deren Gesundheitszustand angezeigt erscheinen lässt, in den Pausen vom Lehrer Lebertran eingegeben werden.

Die Stadt Solingen dankt den Kinderreichen — die auch heute noch meist den ärmeren Bevölkerungskreisen angehören — damit, dass die Eltern mit der Geburt des vierten Kindes in einer Ehrenanzeige in der Presse veröffentlicht werden. Die Ehrenanzeige trägt das Stadtwappen und das Kennwort: „Die Stadt Solingen ist stolz auf ihre kinderreichen Familien“.

Damit können dann die Kinder und die Eltern ihren Hunger stillen.

Schicksal der Konsumvereine Organe der Kriegsvorbereitung

Seit längerer Zeit schon musste es auffallen, dass der konsumvereinsfeindliche Kurs, den die Nationalsozialisten in der ersten Periode nach der Machtergreifung verfolgten, aufgegeben worden ist. Nachdem eine grosse Anzahl von Konsumvereinen durch Bankrott oder Zwangsmassnahmen vernichtet und der verbleibende Teil restlos in die nationalsozialistischen Organisationen und ihre Wirtschaftspolitik eingereiht worden war, wurde der Kampf gegen die früheren Arbeiter-Genossenschaften abgestoppt.

Der Grund für diese Aenderung ihres Verhaltens war nicht etwa, dass die Nationalsozialisten plötzlich Freunde der von der Arbeiterschaft gegründeten und verwalteten Konsumvereine geworden waren. Vielmehr haben sie in allen Genossenschaften den Einfluss der Mitglieder völlig ausgeschaltet. Was sie jetzt die Konsumvereine aufrecht erhalten lässt, ist die Erkenntnis, dass sie für die Verwirklichung ihrer Kriegspläne im Rahmen der Inlandswirtschaft eine grosse Aufgabe zu erfüllen haben.

In der Aula der Universität Frankfurt am Main hat kürzlich der Präsident des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Reichshauptamtsleiter Dr. von Renteln, über das Thema „Vierjahresplan und gewerbliches Genossenschaftswesen“ gesprochen. Er hob dabei die Bedeutung der Waren-genossenschaften für die Durchführung des Vierjahresplanes hervor. Ihre Aufgabe bestehe besonders in der unterrichtenden, lenkenden und beratenden Tätigkeit. „Man be-

denke z. B.“, so sagte er, „was es bedeutet, wenn im Kolonialwarenhandel über zwei Zentralgenossenschaften rund 600 Einzelgenossenschaften mit 40 000 Kolonialwarenhändlern erfasst werden können.“

So sind heute die früheren selbständigen Konsumvereine der deutschen Arbeiter nichts anderes als Instrumente, mit denen die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen zum letzten Erfolg geführt werden sollen.

Die « Reichsbahn » konfisziert

Wegen eines Berichts über steigende Unfallziffern

Ueber die Konfiskation des „Stürmer“ hat die ganze Welt gesprochen. Von einer anderen, nicht weniger interessanten, wusste nur der „Daily Herald“ zu berichten. Es handelt sich um das neueste Heft der Zeitschrift „Die Reichsbahn“, des offiziellen Organs der Reichseisenbahnverwaltung, das regelmässig in einer Auflage von 10 050 Exemplaren erscheint. Die Polizei macht die grössten Anstrengungen zu verhindern, dass auch nur ein einziges Exemplar im Umlauf bleibt.

Dieses neueste Heft der Reichsbahn enthielt nämlich ein erschütterndes Bild der Schwierigkeiten, in die die Reichsbahnverwaltung infolge des Rohstoffmangels geraten ist. Von 1936 auf 1937 haben sich die Entgleisungen um 39 Prozent, die Zugzusammenstösse um 33 Prozent vermehrt. Die Zahl der Verunglückten — Toten und Verwundeten — ist auf das Dreifache gestiegen. Zugverspätungen von einer Stunde sind keine Seltenheit.

Die Lumpenwirtschaft

„Die Ueberwachungsstelle für Wolle und andere Tierhaare hat mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers das Sammeln von Lumpen durch den Einzelhandel verboten.“

Eine Reihe von Tuchfabriken ist seit geraumer Zeit dazu übergegangen, Einzelhandels-geschäfte zu veranlassen, ihre Ware nur im Tausch gegen Wollumpen abzugeben . . .

Die Anordnung verbietet den Ankauf und Tausch von Lumpen durch den Einzelhandel insbesondere auch deshalb, weil durch ihn eine gesunde und planmässige Entwicklung der Lumpenwirtschaft gestört wird.“ (Bekanntmachung in der deutschen Presse.)

Im Geheimen! Der Prozess gegen den Pfarrer Niemöller soll völlig geheim geführt werden. Drei Wochen lang wollen sie hinter geschlossenen Türen verhandeln. Das Urteil setzen nicht die Richter fest, aber sie spielen Komödie, um den Schein einer Gerichtbarkeit aufrechtzuerhalten.

Die Waffenschmiede des Dritten Reichs

Zum Kruppabschluss für das Jahr 1936-1937

Im vergangenen Geschäftsjahr per 30. September 1937 hat die Firma Fried. Krupp AG. (alleinige Aktienbesitzerin Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach) ihren Stammvater Alfred Krupp gross gefeiert, der am 26. April 1812, also vor 125 Jahren, in Essen, im Hause Flachsmarkt 3, das Licht der Welt erblickte. Die „traditionellen guten Beziehungen“ zwischen dem Hause Krupp und der ausgebeuteten Stadt Essen wurden dadurch besonders unterstrichen, dass man dem grossen Sohne der Stadt Essen ein besonders sinniges Erinnerungsmal setzte; an jenem Hause wurde nämlich eine „schwarzgraue Steinplatte“ angebracht, worauf zu lesen steht:

„Hier stand das Haus, in welchem Alfred Krupp am 26. April 1812 geboren wurde.“

Diese Erinnerungstafel hat die rührige Stadtverwaltung an jenem Gedenktag mit Grünschnuck versehen, — bei den Standbildern Alfred Krupps vor dem Rathaus und am Eingang der Krupp'schen Fabrik wurden ausserdem „Lorbeerkränze mit Hakenkreuz- und Stadtschleifen“ niedergelegt, — und damit man „auf dem Hügel“ diese Ehrungen gebührend beachte, hat der Oberbürgermeister von Essen den beiden Ehrenbürgern Essens, Gustav und Bertha K. v. B.-H. dies alles noch schriftlich mitgeteilt. (Die Ehrenbürger wären sonst möglicherweise auf die Idee gekommen, die dankbare Gefolgschaft des Monstrekonzerns habe auf so sinnfällige Weise ihre Dankbarkeit bezeugt!).

Das alles meldete der „Völkische Beobachter“ mittels eines „eigenen Berichts“ aus Essen stolz am 28. April 1937, — dafür verschweigt er seiner Leserschaft jetzt nach dem Vorliegen des Geschäftsabschlusses einiges, was den aufmerksamen Leser vielleicht recht nachdenklich stimmen könnte.

Um die Pointe vorwegzunehmen: der vorliegende Krupp-Abschluss, der 16,23 Millionen Reingewinn ausweist, wovon dieses Jahr 5 Prozent (statt 4 Prozent im Vorjahr) sogenannte Dividende ausbezahlt werden, bringt als auffallende Tatsache *besonders hohe Rückstellungen*. Im normalen Berichtsstil der zensurierten Handelsredakteure pflegt man dann von „besonders vorsichtiger Bilanzierung“ usw. zu sprechen, — und man rühmt den alten Krupp'schen Brauch, dass die Verwaltung auch diesmal „bei ihrer vorsichtigen Finanzpolitik“ verblieben sei. In der Tat sind diese Rückstellungen um fast 27,5 Millionen Mark erhöht worden, — und die „Frankfurter Zeitung“ schreibt vorlauter Weise dazu, es handele sich dabei zum grossen Teil um

„eine Vorsichtsmassnahme, bedingt durch die Ungewissheit über gefährdet erscheinende Auslandsforderungen, namentlich in Spanien und Ostasien...“

Kein Zweifel, dass hier absichtlich oder naiverweise (das mögen die Herrschaften mit Herrn Göbbels und der Gestapo unter sich abmachen) in Zusammenhänge hineingeleuchtet worden ist, die aus mehreren Gründen besser verschwiegen worden wären. Denn erstens ist es überflüssig, Hitlers strenges Festhalten an der „Nichteinmischung“ in Spanien so zu kompromittieren, — und zweitens ist es obendrein mehr als peinlich, wenn die Umwelt auf diese Weise erfährt, dass die kühl rechnenden Verwalter der deutschen Waffenschmiede Herrn Franco auf die „Dubiosa“ verbucht haben, — ihm also ganz offensichtlich nur noch recht bescheidene Gewinnchancen geben.

Soweit der Fall Spanien. Und was hat es mit „Ostasien“ für eine Bewandnis? Ostasien ist ein dehnbarer Begriff, — hier ist es schwieriger, genau zu sagen, ob man Lieferungen an Japan vorsorglicher Weise schon auf Verlustkonto abbuht, — oder ob Krupp der Meinung ist, dass das alte Material, mit dem jahrelang die Chinesen versorgt worden sind, kaum noch prompt bezahlt werden wird. Auf alle Fälle steht fest, dass

„Auslandsgeschäfte“ in so unruhigen und schwer übersichtlichen Zeiten durchaus nicht unbedingt zu den reinen Freuden der Firma Krupp zu gehören scheinen. Daran wird auch dadurch nichts geändert, dass es im Tätigkeitsbericht heisst:

„Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen ermöglichte es, dem überlieferten Ruf der Firma als Waffenschmiede auch im Auslande wieder Geltung zu verschaffen.“

Es sieht verteuert danach aus, als ob „die zuständigen Stellen“ die ehrenwerte Firma Krupp in recht fragwürdige Geschäfte hineingenötigt hätten, — ganz zu schweigen davon, dass sich hartnäckig das Gerücht behauptet, der Ruhm der Waffenschmiede Krupp habe in Spanien erheblich eingebüsst. Das soll besonders für die Krupp-Gruson'sche Tankware gelten.

und Wohngebäuden, Fabrikgebäuden, Maschinen, Werkzeugen, Betriebsinventar usw. als Nettozugang bilanzmässig ausgewiesen werden. Krupp hat also *glattweg alles voll abgeschrieben, was er neu angeschafft und hinzuerworben hat*. Wir werden an einigen Beispielen (die allerdings nicht aus der Bilanz erkennbar sind) noch zeigen, dass es damit keineswegs, was die Millionenverdienste dieses uneigennütigen Hauses anbelangt, sein Bewenden gehabt hat.

Einige andere Angaben aus dem Geschäftsbericht sind noch von Interesse und unter mancherlei Gesichtspunkten recht aufschlussreich. Vor Jahresfrist haben wir auf Grund genauer und sorgfältiger Beobachtungen festzustellen versucht, wie gross die Belegschaft des Krupp-Konzerns sei. Wir kamen — nachdem für 30. September 1934 zum

gehoben hätte, — dem steht jedoch die Tatsache entgegen, dass aus vielen Berichten einwandfrei feststeht, dass bei Krupp nicht nur in einem noch gesteigertem Höllentempo gearbeitet wird, sondern dass auch Arbeitszeiten von 10 und 12, ja bis zu 14 Stunden keineswegs eine Seltenheit, sondern eher die Regel sind. Es kann also mit Sicherheit behauptet werden, dass die Ausbeutung noch zugenommen hat und dass der Stundenverdienst trotz erhöhter Arbeitsleistung gesunken ist (von der realen Kaufkraft angesichts der weiter enorm gestiegenen Lebensmittelpreise ganz zu schweigen!). Beweis dafür ist zudem der im Oktober 1937 veröffentlichte Bericht der Krupp'schen Betriebskrankenkasse, aus dem laut der Deutschen Bergwerkszeitung hervorgeht, dass im Jahre 1936 46,52 Prozent aller Erkrankungsfälle mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren, während dieser Prozentsatz im Jahre 1935 43,01 Prozent und im Jahre 1932 nur 23,26 Prozent betragen hatte. Man kann sich danach leicht vorstellen, welches Hetztempo in der Waffenschmiede herrscht und in welchem Gesundheits- und ... Unterernährungszustand die Arbeiterschaft sich befindet!

Krupp umschreibt das z. B. in dem knappen Bericht über die Entwicklung seiner Germaniawerke, indem er sagt: „Den gestiegenen Anforderungen konnte nur dank der Bereitwilligkeit(!) der Gefolgschaft zur Ueberarbeit entsprochen werden.“

Es gehört die ganze Fahrlässigkeit und Gewissenlosigkeit normaler Berichterstattung im Dritten Reich dazu, wenn die Zeitungen — so auch die „Frankfurter Zeitung“ — glauben feststellen zu können, dass „das Kostenoptimum“ überschritten sei, — was ungefähr heissen soll, Krupp werde nun aus lauter patriotischer Gesinnung sich mit laufend immer geringer werdenden „Gewinnen“ begnügen. Wenn wir unterstellen, dass seit dem Anbruch der neuen Aufrüstungsperiode 1933 für die Kalkulierung der Hundertmillionengeschäfte dieses traditionsfreudigen Hauses Krupp ein wohlausgeklügelter Rentabilitätsschlüssel festgelegt worden ist, so lässt sich aus der Relation von Rohgewinn zu „Reingewinn“ leicht und unwiderleglich nachweisen, dass das Kostenoptimum keineswegs überschritten ist, sondern sich ganz im Gegenteil durchaus auf günstigem Wege befindet. Das Verhältnis von Rohgewinn zu „Reingewinn“ stellte sich nämlich 1933-34 wie 26,67 zu 1; 1934-35 wie 22,47 zu 1; 1935-36 wie 19,98 zu 1 und im letzten Jahr 1936-37 wie 19,51 zu 1. Es ist also eindeutig, dass laufend kleinere Rohgewinn-Einheiten ausreichen, um jeweils eine Reingewinnmillion zu erzielen! Das Geschäft floriert von Jahr zu Jahr besser, — trotz Ausfällen in Spanien und Ostasien!

wie Krupp Geschäfte macht

Wie solche Geschäfte gemacht werden, — dafür ein lehrreiches Beispiel. Krupp hat im März 37 aus dem Besitz der beiden Städte Köln und Frankfurt am Main die wichtigen *Steinkohlenfelder von Rossenray* am Niederrhein erworben. Es handelt sich dabei um 11 Fettkohlenfelder, die die beiden Städte 1927 den Rheinischen Stahlwerken abgekauft hatten, um sich vom Syndikat und den reichlich monopolistisch-erpresserischen Ferngasgesellschaften des Ruhrbergbaues unabhängig zu machen. Die beiden Städte zahlten 1927 dafür rund 16 Millionen Mark, — der ehrenwerte Kruppkonzern aber zahlte 1937 — Musterbeispiel brauner Stadtverwaltung und wirklich uneigennützigem Verhaltens! — ganze 11 Millionen Mark! Krupp hat also nicht nur einen inzwischen vor allem durch die erhöhten Vierjahresplan-Ansprüche im Werte wesentlich gesteigerten Qualitätskohlenfelderbesitz um 5 Millionen billiger gekauft, als er 10 Jahre vorher aus dem Steuersäckel brauner Bürger erworben worden war, — sondern die braunen Stadtverwaltungen

Seine wahre Nord-Südstrasse



Vermehrte Ausbeutung

Vor Jahresfrist ist hier eingehend nachgewiesen worden, wie wenig eine zurechtfrisierte Bilanz aussagt; kein Mensch wird sich mehr dem Glauben hingeben, dass die bescheidenen RM. 16 226 877,46 ausgewiesener „Reingewinn“ tatsächlich alles ist, was Krupp verdient habe. Der Rohertrag ist um weitere 28,8 Millionen auf insgesamt 316,6 Millionen Mark gesteigert worden, — bei unverändertem Aktienkapital von 160 Millionen sind die sichtbaren Reserven inzwischen auf 132,53 Millionen gestiegen, — die Abschreibungen und Rückstellungen betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 45,48 Millionen. Das sind — mit der minimalen Differenz von einer bescheidenen Million — rund genau so viele Millionen, wie in den 12 Monaten an Zugängen zu Geschäfts-

letzten Male eine Belegschaftsziffer bekanntgegeben worden war — auf eine Ziffer von rund 110 000 Menschen. Jetzt — offenbar, weil das Geheimhalten doch nicht dagegen schützt, dass der gut unterrichtete Beobachter den Tatbestand ziemlich exakt ermitteln kann — teilt Krupp im Geschäftsbericht mit, dass die Gesamtbelegschaft sich auf 108 765 Beschäftigte beläuft, wobei für letztes Jahr eine Zunahme von 10 424 angegeben wird. (Die 58 Krupp-Arbeiter, die im März 1937 von der Gestapo im Werk Rheinhausen wegen angeblicher Sammlungen für Rot-Spanien verhaftet wurden, sind offensichtlich nicht mitgezählt!) Die Zunahme betrug also im Laufe dieses Jahres 10,6 Prozent während eine Zunahme der Löhne und Gehälter mit 12,4 Prozent angegeben wird. Man könnte daraus folgern, dass sich das Lohnniveau bei Krupp etwas

liefern obendrein noch ihre Bürger dem Preiswucher des Bergbaukapitals beim Ferngasbezug aus: doppelte Moral, — und Korruptionsfall national-„sozialistischer“ Gemeindeverwaltungspraxis!

Das zweite, nicht minder lehrreiche Musterbeispiel echt Krupp'scher Geschäftspraxis ist die Gründung und Finanzierung der „Krupp Treibstoff GmbH“. Da das Haus Krupp sich dem Autarkiewahn schwer entziehen kann, — und mancherlei andere Gründe es ratsam erscheinen lassen, sich tatkräftig am Aufbauwerk des Führers und an der Kraftmeierei Görings und seiner Militär-Oekonomen zu beteiligen, beschloss Krupp, sich dem synthetischen Benzin zuzuwenden, um damit den fälligen Tribut abzuleisten. Im Januar 1937 wurde also besagte GmbH gegründet und mit einem Kapital von 20 Millionen Reichsmark ausgestattet. (Eingezahlt wurden allerdings — wie das bei GmbH's möglich ist — zunächst einmal nur 5 Millionen!) Betreiben will man die Herstellung von Treibstoffen und Mineralölen nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren; Geschäftsführer wurde der Leiter der Krupp'schen Kokerei-Betriebe, ein Herr Dr. ing. Fritz Müller. Die GmbH war noch keine 6 Wochen „gegründet“, als Krupp eine 5-prozentige Hypothek-Anleihe von 10 Millionen Mark auflegen liess, die prompt gezeichnet wurde. Dienen sollten diese 10 Millionen zur Deckung eines Teiles der Baukosten“.

Was ist also wirklich geschehen? Erstens ist der Kunstbenzin-Rummel der Vierjahresplan-Autarkisten unter normalen Umständen ein glattes Verlustgeschäft, — Krupp weiss das (ebenso wie die gesamte Montanindustrie weiss, dass Görings Salzgitterbetriebe unrentabler Wirtschaftswahnsinn sind!); er gründet also eine Sondergesellschaft „mit beschränkter Haftung“, — gehts eines Tages schief, — dann hat man bestenfalls eben 20 Millionen auf dem Tisch des Vaterlandes geopfert (und vorher hat man das zehnfache natürlich an Panzerplatten bei der Germania-Werft verdient). Vorläufig aber engagiert man sich in diesem einwandfreien Verlustgeschäft überhaupt nur mit ganzen lumpigen 5 Millionen, — und überlässt es einem ahnungslosen Publikum, seinerseits 10 Millionen Anleihe zu zeichnen. Mit diesen 15 Millionen baut man die Anlage, — solange der Staat das teure Kunstbenzin „subventioniert“, bleibt man national opferbereit, — hört dieser Subventionstram eines Tages auf und die ganze Anlage hat nur noch Schrottwert, — dann sind eben die 10 Millionen des verehrten Publikums mit zum Teufel!

Was schreibt zu solchen Praktiken aber die vornehme Handelspresse, — zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung“? Sie sagt nicht etwa, das sei ein glattes Betrugsgeschäft, Dupierung, Prospekt-

unwahrheit, — nein: sie sagt: „Diese Kombination von Selbst- und Fremdfinanzierung ist ein gesundes Prinzip.“

Die Expansion von Krupp

Abschliessend noch einiges Wissenswerte, was nicht weiter im Geschäftsbericht von Krupp vermerkt wurde. Im April schafft Krupp eine neue, zentrale „Hauptstelle Berlin“; da sitzt man an der Quelle, — und nach alter Vorkriegspraxis hat der mit der Leitung beauftragte Herr Direktor Dr. Janssen die ehrenwerte Aufgabe, die Konkurrenz in der Metropole gründlich aus dem Felde zu schlagen und ansonsten das Betriebs-spionage-System (auch Krupp'sche Tra-

dition) der Waffenschmiede zu organisieren. Ausserdem nimmt man — auch das hat natürlich seine tieferen Gründe — in den Aufsichtsrat der Fried. Krupp Germaniawerft A. G., Kiel, den Herrn Admiral Heusinger von Waldegg auf; man sieht, das Panzerkreuzer- und Panzerplattengeschäft macht sich! Ausserdem wird der Diplom-Ingenieur Alfred von Bohlen und Halbach, der älteste Sohn der Familie, Prokurist mit dem Titel „stellvertretender Direktor“, — und rutscht natürlich ebenfalls in die diversen Aufsichtsräte der Konzernbetriebe. Ausserdem repräsentiert er das Haus in Jugoslawien, als dort die von Krupp gebaute Walzwerksanlage in Ze-

nica eingeweiht wird; Herr Stojadinovitch, derzeitiger Aussenminister dieses „befreundeten“ Landes, besuchte kürzlich das Stammhaus Krupp. Ausserdem erhöhte die Krupp-Indien-Handelsgesellschaft m. b. H., Essen, ihr Kapital von 20 000 auf 200 000 Mark, — und die Krupp-Export G. m. b. H. errichtete in Kairo die Krupp Trading Co. Ltd. Man sieht also, wohin die Hauptinteressen tendieren. Das Bild wird abgerundet durch die Mitteilung, dass mit einer Gruppe japanischer Eisenerzeuger ein Liefer- und Verwertungsvertrag für eine Anzahl Rennanlagen abgeschlossen worden ist.

Dass auch Mussolini die Waffenschmiede des Dritten Reichs bewundernd im Laufe des abgeschlossenen Geschäftsjahres besucht hat, sei der Chronik halber noch vermerkt. Er hatte allerdings vergessen, was er während des Weltkrieges darüber gesagt hat: „Der Tag, an dem die Werke des Paderastens Krupp den Flammen überliefert werden, wird für die Welt ein denkwürdiger sein . . . Essen, die Stadt der Kanonen, muss vom Erdboden verschwinden . . .“ Auch in Essen schien man bei der feierlichen Begrüssung dieses grossen Staatsmannes diesen Ausspruch vergessen zu haben, — es ist jedenfalls nichts berichtet worden, dass Erinnerungen solcher Art der Anlass des Besuches Mussolinis gewesen seien. Ganz im Gegenteil war Mussolini höchst begeistert, dass dort eine ideologische Achse recht stählern untermauert wird! K-g.

Nacht in Deutschland

*Das Fest ist aus. Die Fackeln sind verglüht.
Die Menschen, noch vom eillen Lärm benommen,
sind nun im dunklen Haus zur Ruh gekommen.
Ergrimmt, beschämt und bis zum Ekel müd.*

*Manch einer scheut den Schlaf selbst. Mancher weiss,
entsiegelte ein Traumbild seine Zunge,
bräch all der Hass hervor — sein eigner Junge
ging morgen hin und gab den Vater preis.*

*Der Traum verlöscht die Angst. Die Welt wird neu.
Dem Träumer kehrt sein heit'rer Glaube wieder.
Er fühlt sich frei und hört die alten Lieder.
Der Alb entwich. Er redet ohne Scheu.*

*Sein Sohn träumt auch. Er schweift auf fremder Bahn
durch ein Gebiet, wie er noch keins gesehen,
wo alle Menschen leichten Schrittes gehen,
den Kopf erhoben, keinem untertan.*

*Wo gibt es das auf Gottes weiter Welt?
Wo schlägt der Mensch dem Menschen keine Wunden?
Er wird nicht ruhen, bis das Land gefunden,
und niederreissen, was den Weg verstellt.*

*Nacht ist es. Deutschland träumt. Es träumt sich frei.
Es träumt, dass es sich selber wieder findet.
Es rüttelt an der Kette, die es bindet.
Einst kommt der Tag, da reisst es sie entzwei.*

*Und Einer schreckt empor aus kurzer Ruh.
War nicht um ihn der Lärm von vielen Schritten?
Ist nicht ein Schatten durch die Tür gegliitten?
Der Wahnwitz kriecht im Dunkel auf ihn zu.*

*Wo sind die Wachen? Haben sie gesäumt?
Sind sie gedungen, ihn im Schlaf zu morden?
Er lauscht. — Ganz still ist es um ihn geworden.
Nichts ist geschehen. Deutschland hat geträumt.*

Hat nur von dem Tag der Befreiung geträumt. A. L.

Erneuerung

« Unliebsame Figuren »

Was ist arteigen, was ist richtig und linientreu? Das sind Fragen, die den Menschen des Dritten Reiches täglich plagen und schwankenden Schrittes machen. Geben wir einige Klagen wieder. In der „Deutschen Wochenschau“ lesen wir:

„Es gibt Theater-Intendanten, Bühnenschriftsteller, Romanautoren, Dramaturgen, Schriftleiter, die geradezu Angst vor dem Humor haben. Sie glauben sich etwas zu vergeben, nicht mehr „ernst genommen“ zu werden, wenn sie auch für die heitere Muse eintreten, ein unproblematisches, unterhaltsames Stück, einen fröhlichen Roman schreiben oder im Spielplan, im Feuilleton den humorbegehrten Autor zu Wort kommen lassen... Die meisten sind gar keine Spielverderber, sie haben nur Hemmungen, sind unsicher geworden.“

Mit der Angst vor dem Humor verbindet sich die Angst vor Kritik. Die „Lichtbild-Bühne“ schreibt:

„Man gewöhnt sich nachgerade daran, dass Aufsätzen, Filmbetrachtungen oder Randbemerkungen, die für die Betroffenen nicht schmeichelhaft sind, sondern in denen deutlich gesagt wird, dass etwas falsch gemacht wurde, mit einem ebenso deutlichen Hinweis darauf, wie es hätte richtig gemacht werden können, telephonische Anrufe oder Briefe folgen, in denen mit drohend erhobenem Zeigefinger gesagt wird: „Aber das dürft Ihr doch eigentlich gar nicht mehr!“ — Doch, meine Lieben, wir dürfen es!“

Was dürfen sie? In enger „sachlichen,

aufbauenden Weise“ Kunst betrachten, sagt die Zeitschrift. Aber die Unsicherheit bleibt und der neue Typ, der seine Unfähigkeit schützt, indem er mit Denunziation droht, der bleibt auch. Eine andere „unliebsame Figur“, die uns die Zeit mitgebracht hat, ist der weltanschauliche All-round-Nationalsozialist“, meckert, die Wochenschrift „Der Arbeitsmann“. Dieser Hundertprozentige schwelge in ewiger banalischer Ueberheblichkeit:

„Kein Gebiet unseres Lebens, das ihnen weltanschaulich fremd wäre. Gleichwohl sie von dem Gebiet an sich keinen Schimmer haben und sich auf diesem sachlich höchst ungeschickt bewegen. Ihre weltanschauliche Kunstbetrachtung beispielsweise erschöpft sich darin, sich vor einem Gemälde aufzupflanzen und vorsichtige Umfrage zu halten, ob der Maler auch rein artistisch sei.“

Und immer sei ihm das Parteibuch entscheidend, denn:

„... nichts fürchtet er so sehr, als dass der Mann, dessen Bild er abfällig beurteilt hat, mit rotem Kopf zu ihm gelauten kommt und mit den Worten: „Herr, das erlauben Sie sich mir gegenüber?“ sein Parteibuch auf den Tisch knallt.“

Mindestens so schlimm scheint es um den germanischen Blondgänger bestellt zu sein, für den die blonde Rasse alles ist. Die SA-Zeitung „Wille und Macht“ widmet ihm eine warnende Betrachtung, in der es heisst:

„Es handelt sich hierbei, das sei ausdrücklich vermerkt, nicht um gefährliche, immerhin jedoch um ansteckende „Krankheiten“, die je nach Geistesverfassung mit Humor, Belehrung oder Verachtung zu heilen sind. Ihre Träger tre-

ten verschieden auf, teils als „Literaten“, teils als „Wissenschaftler“, einzeln und in Rudeln. Sie tummeln sich in Zeitungen und Zeitschriften, bevölkern die Kaffeehaustische, wo sie nach Anhängern suchen.“

Was ist dagegen zu tun? „Nicht so viel lebensfremde Theorie schwätzen“, (weniger Rosenberg!) Besinnung auf die Kampfzeit:

„Da standen Kameraden aus Nord und Süd, Ost und West beisammen, Schwarzhaarige und Blonde, und kein Mensch dachte daran, den Mann in der Formation danach zu beurteilen, ob sein Erscheinungsbild nun durchaus dem nordischen Ideal entsprach. Wir haben nicht den Hochmut des Standesdünkels gebrochen, um dafür die Arroganz der Nordrassigen einzutauschen.“

Zum Schlusse sei des Geldgebers gedacht. Der „Westen“ vom 1. 1. zitiert den Fridericus:

„Die Prozentpatrioten sind auch heute noch zahlreicher, als man annimmt. Missmutig stellen sie fest, dass in Anbetracht des vielen Geldes, das sie für die Sache geopfert haben, ihre Stellung, ihr Einkommen, ihr Wohlstand ganz anders sein müsse, als das heute der Fall ist. Für sie sind die Männer, die ihre Knochen und ihr Leben riskieren, nicht Kämpfer, sondern Schuldner, unterstützte Almosenempfänger, die ihnen zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet sind.“

Eine schöne Galerie neuer verkorkster Typen, die sich in diesen Spalten auftut. Hält man dazu das Heer der Denunzianten, der Byzantiner, der Zitterer, der Meckerer und Flüsterer, so ergibt sich das Bild einer Volkserneuerung, die dem Dritten Reich niemand in der Welt nachmacht.

Dramatische Skizzen

Fritz Jellinek, ein Brünner Industrieller, ist nebenbei ein sozialphilosophischer Schriftsteller, den vor allem die Wirtschaftsprobleme von heute beschäftigen. Er kennt sie aus Theorie und Praxis; auf diesem Boden war sein Buch über die Krise des Bürgers gewachsen. Aber er möchte noch unmittelbarer auf die Leserwelt wirken und hat darum im Verlag Oprecht ein „Dramatisches Skizzenbuch“ herausgebracht. Entwürfe in Dialogform, entstanden in der Zeit zwischen 1922 und 1934. Ein Versuch, in dramatischen Akten das Gesicht unserer Zeit und die Reformauffassungen eines humanistischen Wirtschaftsreformers darzustellen. Jellinek sucht die Jugend dieser Zeit zu verstehen, auch wo sie irrt; er glaubt nicht an das Glück kollektivistischen Menschentums, sondern setzt mehr auf das Glück individueller Entfaltungsmöglichkeiten. Er fordert Planwirtschaft und sein Bekenntnis lautet etwa wie das seines aufgeschlossenen Industriellen Erich Linden, den er sagen lässt:

„Ich erblicke in der Bewegung der Zeit als grundlegende Forderung: Weg mit diesem verrotteten, denk- und handlungsfaul gewordenen Bürgerstand, der sich nur hinter turmhohe Zollmauern ein bequemes Rentner- und Monopolistendasein schaffen will — und ich prophezeie seine Ersetzung und Auffrischung durch einen neuen Bürgerstand aus dem vorderhand noch ökonomiefremden Schichten des Volkes! Da hast du also den revolutionären Charakter unserer Tage, und sein Sinn ist: Heranbringen eines neuen freigeistigen, freimütigen, freivolkslich gesinnten Bürgerstandes.“ Im Kampfe der Weltanschauungen hält

«Betriebsführer», «Gefolgschaft», Treuepflicht, «Gemeinnutz», «artverbunden», das sind die Worte, die man nicht nur in jeder deutschen arbeitsrechtlichen Entscheidung wiederfindet, sondern mit denen solch ein Urteil geradezu auskommt, wenn es sie durch Beifügung geeigneter Zeitworte und Namen ergänzt. Um aber auch die feinsten Nüancen in der Seele des Arbeiters berücksichtigen zu können, hat das Reichsarbeitsgericht neuerdings noch die „eigene wirtschaftliche Gebundenheit“ in den Sprachsatz der Arbeitsrechtsprechung aufgenommen. Anlass dazu bot ein Landarbeiter, der Lohn haben wollte (RAG. 87-37):

„Der Kläger ist bei der Beklagten ständiger Freiarbeiter gegen Stundenlohn. Am 13. Mai und am 2. Juni 1936 wurde er zur Feldarbeit bestellt, jedoch wegen Regen weiters nicht beschäftigt. Er verlangt Lohnzahlung für die ausgefallenen 15 Arbeitsstunden, da die Beklagte ihn im Innendienst hätte beschäftigen können. Die Klage wurde in allen Rechtszügen abgewiesen.“

Das Reichsgericht sagt in seiner Urteilsbegründung:

„Bei der Eigenart der nun einmal von der Witterung abhängigen landwirtschaftlichen Arbeit müssen der Unternehmer und der Arbeiter mit Unterbrechungen von vorn herein rechnen.“

Gut, wenn beide damit rechnen müssen, dass es regnet, warum soll nur der eine die Kosten tragen? Weil:

„Dabei muss es grundsätzlich ihm, der die Verantwortung für den Betrieb zu tragen hat, überlassen bleiben, die Arbeit nach Zeit und Art nach seinem pflichtgemässen Ermessen einzuteilen. Er wird aber den Belangen der für die Arbeit im Freien angestellten Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung zu tragen haben, ohne seine eigene wirtschaftliche Gebundenheit ausser acht lassen zu müssen.“

„Eigene wirtschaftliche Gebundenheit“ spricht sich gut. Ein nackter Materialist würde „Profil“ dazu sagen, ein Wort, das man in das Urteil einsetzen könnte, ohne seinen Sinn zu verändern.

Goldener Humor

„Gestern gab die NSV Ortsgruppe Laak die ersten Volksmasken aus.“

Die Amtsträgerinnen liessen nicht locker. Jeder musste ran ans Probieren. „Nun los, Oma, nimm deine Kapuze ab, und setz dir das Ding mal auf!“ — Und Oma greift anleitungsgemäss mit den Daumen in den Gummis, steckt das Kinn tief hinein und zieht sich die Maske über das zerfurchte Gesicht. Faltenlos soll das Gerät ansitzen, aber bei Oma ist der „Dutt“ im Weg. So muss er zunächst gesenkt werden, später entschliesst man sich, denjenigen Frauen, die einen übergrossen Zopf haben, eine Männermaske zu geben. Als Oma die Maske über hat, muss sie sich den Filter anschrauben. Endlich ist es soweit. „Olma, du siehst aus wie ein Rüsseltier“, jubelt ihr kleiner Enkel, der sie begleitet hat.“ („Preussische Zeitung Nr. 12.“)

er es mit dem Wort Longnets, Enkel von Karl Marx: „Die Weltanschauungen bekämpfen einander nicht, sondern sie bauen einander gegenseitig auf.“ Also: mehr Toleranz, Loyalität, Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Freiheit für den Kampf des Geistes. Forderungen, die heute wieder brennend geworden sind. Es ist manch Kluges und manch Widerspruchsvolles in diesen Dialogen. Um ihnen gerecht zu werden, muss man sie als gedankliche Auseinandersetzungen, als Auffaltung der Problematik unserer Tage werten. Die Gesetze des Dramas erfüllen sie nicht. Liebe und Nationalökonomie vertragen sich nicht gut miteinander, ihre Vermischung in dramatischen Dialogen gerät immer in Gefahr, komisch zu wirken, auch wenn es der Autor anders will. Manche Figur ist unmöglich, manche psychologische Lösung ist zu billig. Die falsche Form schwächt da und dort den gedanklichen Inhalt. Das darf bedauert werden, denn Jelinek weiss allerdings Originalität, Diskutables vorzubringen. Jedenfalls hat dieser Vertreter neuliberalen Sturmes und Dranges der Welt erheblich mehr und Gescheiteres zu sagen als die Repräsentanten nationaler Mystik und Romantik, deren Schatten ab und zu mittelalterlich in das Buch hereinragen.

Mit seinem Orpheus in der Unterwelt machte Offenbach die Götter des zweiten Kaiserreichs lächerlich, musizierte die Lächerlichkeit ins Volksbewusstsein und leistete damit Vorarbeit für den Sturz dieser Monarchie. Offenbachs Geist hat Pate gestanden bei einem Bühnenspiel, das sich „Die Liebesinsel“ nennt (Verlag Neumann u. Co, Prag). Komödie in fünf Akten heisst es im Untertitel, aber man darf höchstens von einer Posse reden. Dem Dichter, Dosio

Grenzen der Arbeitskraft

Der Schrei nach Rationalisierung

Die Nazi-Kriegsmaschine arbeitet seit fünf Jahren mit Volldampf. Der Gesamtproduktionswert der deutschen Industrie hat sich gegen 1933 von 38 auf 75 Milliarden Reichsmark nahezu verdoppelt. Davon entfallen 45 Milliarden auf Produktionsgüter d. h. vor allem auf die Rüstungsindustrie der Eisen-Bau-, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbauindustrie, während die Konsumgüter nur mit 30 Milliarden beteiligt sind. Die Investitionen im Betrag von 16 Milliarden im Jahre 1937 (1932: 4,2) sind zu 70 Prozent vom Reich und seiner Aufrüstung beansprucht worden. Diese gewaltige Steigerung der Produktionskraft hat ihre volkswirtschaftliche Bedeutung verloren, sie dient ausschliesslich dem Krieg.

Rund sechs Millionen Arbeiter sind mehr beschäftigt als 1932. Trotz starker Verteuerung sind die Lohn- und Akkordsätze gesunken, die Arbeitszeit verlängert worden. Leutselige Ansprachen, Schönheit der Arbeit und andere Formen des „deutschen Sozialismus“ sollen die Not des Tages überbrücken. Die an Zahl vermehrten Beschäftigten haben mit erhöhter Einzelleistung eine ungeheure Steigerung der industriellen Produktion geschaffen, ohne dass das Arbeitseinkommen eine Erweiterung erfahren hätte.

Der Mehrwert aus der Arbeitsanspannung dient der Aufrüstung.

Neben dem Arbeitseinkommen sind die Arbeiterersparnisse durch Kriegsanleihen bei den Sparkassen und bei der Sozialversicherung restlos mit Beschlag belegt worden. Aber das Höchstmass der Arbeitsausbeutung für die totale Kriegswirtschaft ist noch nicht erreicht. Wohl arbeiten die Maschinen- und Autoindustrie mit einer an 100 Prozent reichenden Ausnutzung ihrer Produktionskapazität, die Eisen- und Stahlwerke sind am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, die grossen im Jahre 1933 übernommenen Vorräte an Rohstoffen und Waren im Werte von 20 Milliarden Reichsmark sind aufgebracht, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel ist im „autarken Deutschland“ im ständigen Ansteigen, der militärische Arbeitseinsatz ist vollendet, aber die Nazi-Kriegswirtschaft kennt keine Grenzen. Nach Ablauf des ersten Jahres des zweiten Vierjahresplanes erklärt die Reichskreditgesellschaft in ihrem Halbjahresbericht, dass die Reserven an Arbeitskräften, an Vorräten und an Produktionskapazitäten mit Ausnahme der Verbrauchsgüterzeugung voll ausgeschöpft sind. Der Oberst Löb, rechte Hand General Görings, meint,

„dass das, was Deutschland fehlt, nicht Eisenlager, nicht Geld oder Geist sind, sondern dass die Grenzen der Arbeitskraft des deutschen Menschen, der Mangel an Arbeitern bildet.“

Der Führer hat bereits die Industriellen zu sich beordert, um im sechsten Jahr der Kriegswirtschaft neue Parolen auszugeben. Wie der Mangel an Rohstoffen durch die Ersatzstoffe auch nur irgendwie ausgeglichen werden soll, wird nicht verraten, wohl aber teilen die Wirtschaftsorgane der Na-

zis übereinstimmend mit, dass zur Sicherung der Konjunktur — soll heissen: zur Fortsetzung der Aufrüstung — der Ausbau der Produktionskapazität und die Pflege des Aussenhandels aktuell geworden sind.

Bisher konnte das Regime den 1933 vorgefundenen durchrationalisierten aber bis dahin infolge der Krise nicht ausgenutzten industriellen Produktionsapparat, sowie die vorhandene, nicht voll beschäftigte gelernte Arbeiterschaft bis zur Ueberbeanspruchung ausnutzen und ausbeuten. Die in fünf Jahren geschöpfte Mehrproduktion war verhältnismässig günstig, weil sich die Produktionskosten durch die volle Ausnutzung des Apparates pro Einheit verbesserten. Nun ist die Grenze der Vollausschüttung erreicht, die weitere Rüstungsexpansion macht die Erweiterung des Produktionsapparates erforderlich, es mangelt dazu an Geld und Material. Es gibt in der „verpflichteten Wirtschaft“ an diesem Wendepunkt der Kriegskonjunktur nur einen Ausweg, den Oberst Löb bereits angedeutet hat, er führt

von der Grenze der Arbeitskraft zur grenzenlosen Ausbeutung.

Soweit es sich um die erfassbaren Facharbeiter handelt, sind Reserven nicht mehr zu mobilisieren. Mit der Aufhebung der Freizügigkeit der Rüstungsarbeiter ist dieser Teil der Aufgabe vollendet. Dagegen werden demnächst folgende Arbeitsreserven aufgerufen:

- 1. Die Frau, soll wieder in den Betrieb. Einmal wird sie niedriger entlohnt und zum anderen ist sie im Kriegsfall ohnehin unentbehrlich, da Tausende von männlichen Arbeitern an der Front gebraucht werden.
2. Die Landwirtschaft erhält ausländische Arbeitskräfte zugeführt, um ihre deutschen Arbeiter der Industrie zu überlassen.
3. Die einsatzfähigen selbständigen Handwerker werden in die Rüstungsindustrie hinein gelenkt. Das Naziprogramm von der Erhaltung des Mittelstandes ist kein Hindernis. Die Fachblätter der Friseure, Bäcker, Fleischer, Tischler, Installateure, Klempner, Schmiede, Elektrokraftfahrhandwerker und Schlosser haben bereits Aufrufe erlassen.
4. Die Fachgruppe Handelsvertreter, deren Mitglieder ohnehin keine Geschäfte mehr machen können, hat die Ueberführungsaktion ebenfalls eingeleitet.
5. Die schulentlassene Jugend wird kraft Berufslenkung vorzugsweise der Metallindustrie als Lehrlinge zugeleitet.

Die Reichsanstalt und die Arbeitsämter haben die Konzentration aller Arbeitskräfte auf den Rüstungsbetrieb schon in umfassender Weise organisiert. Da indes diese genannten Reserven nicht ausreichen und überdies wegen des Geburtenausfalles in den Krieg- und Inflationsjahren nach Berechnung der Reichsanstalt die nächsten zehn Jahre einen Ausfall von 1,5 Millio-

nen Arbeitskräften bringen, werden für die bereits in Arbeit stehenden Menschen Massnahmen getroffen, die ihre Arbeitsleistungen vervielfachen sollen. Das Ergänzungsprogramm zum Vierjahresplan enthält zur Erweiterung und Verbilligung der Produktionskraft die Hauptforderung:

Schärfste Rationalisierung.

Die Nazis hatten zwar bisher die Rationalisierung als jüdisch-liberalistische Erfindung verdammt, die Handarbeit sollte wieder zur Restaurierung des altgermanischen Meistertums zurückführen. Die Expansion der Rüstungsproduktion muss aus den einleitend erwähnten Gründen verbilligt werden. Eine Kürzung der Unternehmerrgewinne kommt nicht in Frage, also bleibt nur der Weg der Arbeitersparnis. Es sollen alle Möglichkeiten der modernen Technik und der Betriebsorganisation ausgefult werden, um die Leistung des einzelnen Arbeiters ergiebiger zu gestalten. Die geplante weitere Mechanisierung und Mechanisierung der Produktion könnte bei verkürzter Arbeitszeit und sozialen Verbesserungen den Arbeitern den Weg zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung bahnen. Es muss aber „zur Ehre der Arbeit“ im Dritten Reich gesagt werden, dass an solch marxistische Ziele nicht gedacht ist. Die deutsche Rationalisierungsaktion von 1938 hat weder soziale noch kulturelle Zwecke, sie ist der Ausdruck einer Höchstausbeutung des deutschen Arbeiters, der erreichte Mehrertrag der Produktion ist ausschliesslich der Erzeugung von Mordwaffen gewidmet.

Die Rationalisierung ist sicher nicht die letzte Parole des ständig im Aufbruch befindlichen Hitlerismus, sie wird nicht nur an der wachsenden Finanz- und Rohstoffnot scheitern müssen, sie wird sich nicht zuletzt, soweit es sich um Arbeitsbereitschaft der unterdrückten und ausgebeuteten Massen handelt, als eine Fehlinvestition erweisen. S. A.

Reichsdeutsche in Trade-Unions

DAF wird nicht anerkannt

In Glasgow drohte kürzlich beim Bau der Empire-Ausstellung der Streik von 800 Holzarbeitern, weil vier Deutsche sich weigerten, in die Gewerkschaft der Holzarbeiter einzutreten.

Die Deutschen behaupteten, sie seien organisiert und wiesen ihre Karten von der Arbeitsfront vor. Sie wurden aber von den Funktionären der Gewerkschaft belehrt, dass ihre Nazi-Organisation im freien England nicht anerkannt werde.

Schliesslich erklärten die vier Deutschen ihren Beitritt zur Amalgamated Society of Woodworkers. Sie handelten damit anständiger und vernünftiger als ihr „Führer“, der sich bekanntlich als eingeschwoener Gelber aufs äusserste weigerte, in die Wiener Bauarbeitergewerkschaft einzutreten.

Elegantes Bdm-Mädchen gesucht

Auf der Führertagung der „Amtschefs und Gebietsführer“ in der Krolloper Berlin hat Baldur von Schirach verkündet, es werde „ab sofort“ innerhalb der Hitlerjugend eine besondere Organisation für die Mädchen vom 17. bis zum 21. Lebensjahr geschaffen werden, die den schlichten Namen „BdM-Werk Glaube und Schönheit“ führen solle. Man werde dort Gymnastik, Sport, Tanz und „kulturelle Arbeit“ pflegen.

„Körperpflege und Eleganz seien, so führte Baldur von Schirach weiter aus, in diesem Alter der weiblichen Jugend erzieherische Forderungen. Er wolle, dass dieses Werk, das der Erziehung des schönen und gläubigen Menschen gelte, von der Öffentlichkeit richtig verstanden werde. Um so schöner die deutschen Mädchen würden, um so stolzer und selbstbewusster sollten sie sein. Mit der Aufnahme kultureller Werte und mit der Pflege des Körpers bekenne sich auch die weibliche Jugend zu einem Ideal der Haltung und der Achtung vor sich selbst.“

Dass sich die Bdm-Mädchen bisher nicht zu einem „Ideal der Achtung vor sich selbst bekannt haben“, scheint sogar Herrn von Schirach nicht verborgen geblieben zu sein. Um die „Eleganz“ zu fördern — er hätte kein verbrauchereres und nichtssagenderes Wort aus der Konfektion beziehen können — wird eine neue Festtracht für Führerinnen geschaffen werden, die natürlich auch wieder „unserem Ideal entspricht“. Wozu mit einemmale der Aufwand? Der Redner erklärte es selbst:

„Baldur von Schirach wies auf die erzieherische Notwendigkeit der Verbindung der Jugend mit dem Ausland hin.“ Und im Ausland haben die Bdm-Tram-

pelchen bisher in der Tat helles Gelächter erregt, vor allem, wenn sie geschlossen antraten. Werden eine neue Tracht und ein neuer Name daran etwas ändern können? Kaum. Denn die schlechte Haltung entspringt einer inneren Unsicherheit. Während die Erziehung der männlichen Hitlerjugend eindeutig auf das Soldatische gerichtet ist, wird mit den Mädchengruppen ziellos herumexperimentiert. Erst sollten die Mädchen „zurück ins Haus“, jetzt, da es an Arbeitskräften fehlt, werden sie in Berufe gepresst, an denen ihnen häufig nicht das mindeste gelegen ist. Stadtkinder, womöglich Studentinnen, müssen in der aufnahmefähigsten Zeit ein Jahr lang Kähe melken und Hühner füttern, um das Gelernte nach der Heimkehr alsbald wieder zu vergessen. Andererseits sollen sie „elegant“ sein und so rasch als möglich sechs Kinder bekommen. Sie finden sich in diesem Parologewirr nicht zurecht und flüchten sich in eine soldatische stramme Haltung, die bei aller inneren Tragik komisch wirkt. Selbst wenn der deutsche Landsknechtsstaat seiner weiblichen Jugend günstigere Entwicklungsmöglichkeiten gewähren könnte, wäre Baldur von Schirach nicht der Mann, um die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die bei der Erziehung einer derart zusammengewürfelten Gruppe auftauchen, mit Verständnis zu meistern.

Vorfahrtsrecht. Nach einem Erlass des Reichs- und Preussischen Innenministers wird die Tätigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei Behörden, die für die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände geleistet wird, in den Personalakten vermerkt. („Deutsche Zeitungsmeldung“.)

Deutsch-russische Schicksalsverbundenheit

Der Freiheitskampf ist unteilbar / Von Theodor Dan

Am fünften Jahrestage der Hitlerschen Diktatur, der Herrschaft des barbarischen Faschismus im entwickeltesten kapitalistischen Lande Europas, ist es wohl allen Sozialisten klar, wie entscheidend die weitere Entwicklung der Verhältnisse in diesem Lande für die Schicksale der ganzen Welt und damit für die Schicksale der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, des gesamten internationalen Sozialismus wird. Vor allem ist aber dieser traurige Gedenktag geeignet, die deutschen und die russischen Sozialisten an die unzereißbare Schicksalsverbundenheit der deutschen und der russischen Revolution, der deutschen und der russischen Sozialdemokratie zu erinnern.

Als die russische Revolution anfangs März 1917 ausbrach, die vom demokratischen Sozialismus geführt wurde, fand sie vom ersten Tage an den fortwährenden Krieg vor sich, als ihren gefährlichsten und erbittertesten Feind. Sie allein von den erstickenden Fesseln des Krieges zu befreien, konnte sie nicht: ihr standen drohend die Armeen des kaiserlichen Deutschlands gegenüber, die sie zur Gefangenen der kriegerischen kapitalistischen Bourgeoisie der Entente machten. Nur eine Revolution in Deutschland konnte zu dieser Zeit die russische Revolution retten: eine Kooperation zweier revolutionärer Länder — des industriellen Deutschlands und des agrarischen, rohstoff- und menschenreichen Russlands — wäre stark gewesen, um allen Kriegsgelüsten des Kapitalismus erfolgreich trotzen, einen raschen und allgemeinen Friedensschluss auf demokratischer Grundlage erzwingen, Deutschland die Härte des Versailler Diktats ersparen und der russischen Revolution den ungestörten weiteren Verlauf unter der Führung des demokratischen Sozialismus sichern zu können.

Diese von uns russischen Sozialdemokraten so heissersehnte deutsche Revolution kam aber damals nicht zum Ausbruch. Ihr verspätetes Erscheinen auf der geschichtlichen Bühne ist letzten Endes die Ursache dafür, dass die demokratische Revolution Russlands den giftigen Gasen des fortwährenden Krieges erlag und dass ihre Entwicklung auf die Bahnen der terroristischen Diktatur des Bolschewismus gelenkt wurde, die jetzt vor aller Augen in so grausam blutigen und schmutzigen Formen ihrem geschichtlichen Ende entgegensteht.

Die geschichtliche Verspätung der deutschen Revolution rächte sich am bittersten an ihr selbst. Als sie endlich nach über anderthalb Jahre ausbrach, war die russische Revolution durch den Bürgerkrieg, durch den Utopismus und den Terror der bolschewistischen Diktatur schon so geschwächt und ausgehungert, dass sie der deutschen weder politisch, noch, was wohl am wichtigsten war, wirtschaftlich jene Unterstützung leisten konnte, die der deutschen Revolution zur Befreiung aus der sie drosselnden Klemme der kapitalistischen Bourgeoisie der Siegesländer notwendig wäre. Ja, noch mehr. Unter der Führung der terroristischen Diktatur des Bolschewismus nahm die russische Revolution die Richtung an, die sie nicht zur Helferin der deutschen demokratischen Republik in ihrer Weiterentwicklung im Sinne des proletarischen Sozialismus machen konnte. Im Gegenteil der Bolschewismus hat durch die Spaltung des deutschen und des internationalen Proletariats, durch die gehässige Bekämpfung der politischen Demokratie und aller demokratischen proletarischen Organisationen, durch zeitweise direkte Kooperation mit den reaktionärsten Kräften Deutschlands nicht wenig dazu beigetragen, dass die demokratisch-proletarischen Grundlagen der deutschen Republik untergraben und sie schliesslich ihren faschistischen Todfeinden wehrlos ausgeliefert wurde. Die bolschewistische Diktatur, deren Emporkommen in Russland durch die geschichtliche Verspätung der deutschen Revolution ermöglicht wurde, hat ihrerseits den Sieg der Hitlerschen Diktatur über

die deutsche Revolution in weitem Masse mitverschuldet.

Diese geschichtlichen Zusammenhänge sind hier keineswegs als blosser Reminiszenz gedacht. Sie müssen uns deutschen und russischen Sozialdemokraten zur Lehre für die Zukunft werden.

Im Hitlerschen Deutschland und in der Stalinschen Sowjetunion nehmen die inneren Spannungen sichtlich zu. Die Hitlersche Diktatur und in noch viel höherem Grade die Stalinsche Diktatur gehen offensichtlich einem kritischen Zeitpunkt entgegen. Es ist das gemeinsame Interesse der gesamten internationalen Proletariats, dass die heranreifende Krise sowohl in Deutschland als in der Sowjetunion nicht in eine Ablösung der blutigen und widerspruchsvollen Diktatur eines faschistischen Hitlers oder eines bolschewistischen Stalins durch eine zwar geordnetere und „rechtmässiger“, aber umso lebensfähigere eindeutig konterrevolutionäre Diktatur, sondern in eine politische Demokratie ausmündet, die in den gegebenen geschichtlichen Verhältnissen den arbeitenden Massen den Weg zum Aufbau einer freien, wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung eröffnet wird. Es ist vor allem das gemeinsame Interesse der arbeitenden Massen Deutschlands und der Sowjetunion. Denn jede Festigung der Konterrevolution in Deutschland führt automatisch zur Festigung der konterrevolutionären Tendenzen in der Sowjetunion, zu deren

Exponenten immer mehr die Stalinsche Diktatur wird. Und umgekehrt: jedes Anwachsen der demokratischen Kräfte in einem dieser Länder führt automatisch zur Stärkung dieser Kräfte auch im anderen Lande. Eine russische Konterrevolution wird zur Verbündeten, nicht zur Feindin der deutschen Konterrevolution werden.

In der Epoche des unaufhaltsamen Verfalls des Kapitalismus, in der wir leben, kann die Demokratie nur insofern lebensfähig sein, als sie in ihrer Hülle den sozialistischen Inhalt birgt. Nur die hinter dem sozialistischen Proletariat sich scharenden arbeitenden Massen der Städte und der Dörfer können zu den Trägern einer kraft- und saftvollen Demokratie werden. Und nur die Sozialdemokratie kann ihnen, nachdem der Bolschewismus in der Sowjetunion und nach der Sowjetunion in der ganzen Welt zu so einem kläglichen Bankrott sich heruntergewirtschaftet hat, diesen Weg weisen, der durch die Demokratie und in der Demokratie zum Sozialismus führt.

So tritt die innere Schicksalsverbundenheit der deutschen und der russischen Revolution, der deutschen und der russischen Sozialdemokratie noch einmal klar und deutlich zutage: jeder Erfolg der deutschen Sozialdemokratie wird unmittelbar zum Erfolge der russischen und umgekehrt.

Wir können natürlich nicht vorausbestimmen, wann die Krise in jedem dieser Länder akut ausbrechen wird. Noch

weniger liegt es in unserer Macht, diese Krise in beiden Ländern gleichzeitig ausbrechen zu lassen und unsere, durch die Verschiedenheit der Verhältnisse bestimmten Kampfmethoden auf einen Nenner zu bringen. Was aber wohl in unserer Macht ist, das ist uns die klare Erkenntnis und die feste Ueberzeugung anzueignen, dass der möglichst vollkommene Sieg der deutschen Sozialdemokratie für die russische Sozialdemokratie ebenso lebensnotwendig ist, wie umgekehrt; dass wir uns beiderseitig mit allen uns zugänglichen Mitteln helfen müssen, uns geistig-politisch auf die Höhe der uns harrenden geschichtlichen Aufgaben zu heben und die tiefe Verbundenheit unserer beiderseitigen Schicksale, Erfolge und Misserfolge verstehen zu lernen, um im kritischen Moment solidarisch wirken zu können.

Einst zogen die polnischen Aufständischen in den Kampf gegen die russische zaristische Leibeigenenarmee mit Fahnen, auf denen geschrieben war: „Für unsere Freiheit und für die eure!“. Mit noch viel grösserem Rechte muss und soll auf den Kampffahnen der deutschen und der russischen Sozialdemokratie dieser Ruf stehen. Denn nur gemeinsam können die deutsche und die russische Demokratie, der deutsche und der russische Sozialismus den Sieg nicht nur erkämpfen, sondern auch sichern, als eine bahnbrechende Errungenschaft auf dem Wege der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Befreiung der arbeitenden Menschheit der ganzen Welt!

Terror in Danzig

Die Vorbereitung des Anschlusses

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Nachdem bekanntlich bereits die Mehrzahl der noch aus 9 Abgeordneten bestehenden sozialdemokratischen Fraktion des Danziger Volkstages von den nationalsozialistischen Partei- und Polizeiorganen gezwungen worden ist, sich der nationalsozialistischen Volkstagsfraktion als Hospitanten anzuschliessen, hat der nationalsozialistische Volkstagspräsident Beyl in den letzten Tagen auch alle 40 restlichen Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvorschlages von 1935, die als Abgeordneten-Nachfolger in Frage kommen, polizeilich zu sich vorgeladen. Die Nachfolge-Kandidaten mussten eine Erklärung unterschreiben, durch die sie sich verpflichteten, ein ihnen später eventuell zufallendes Mandat nicht anzunehmen. Wie zuverlässig verläuft, sollen statt ihrer künftig nur die Kandidaten des nationalsozialistischen Wahlvorschlages in den Volkstag einberufen werden.

Die vorgeladenen Personen wurden zum Schweigen verpflichtet. Es ist ihnen auch strikt verboten worden, vorläufig über den von den Nationalsozialisten erpressten Uebertritt der Mehrzahl der noch amtierenden sozialdemokratischen Abgeordneten zu sprechen. Bis heute hat die Danziger Presse die Nachricht von diesen Uebertritten auch noch nicht veröffentlichten dürfen, obwohl ihre Bekanntgabe ursprünglich noch während der Tagung des Völkerbundesrats, und zwar am 29. Januar 1938, geplant war und als ein neuer „Sieg“ gefeiert werden sollte. Ueber die Gründe, die zu dieser Zurückhaltung Anlass gegeben haben, ist bisher nichts bekannt geworden.

Der Gauleiter Forster hat vor den nationalsozialistischen Funktionären in Danzig eine Rede gehalten, in der er sagte,

dass nach der materiellen Vernichtung der Parteien die von ihnen vertretenen Ideologien auch geistig überwunden worden seien. Gerade für Danzig sei es von grossem Nutzen gewesen, dass ein konfessioneller Kampf nicht zur Auswirkung gekommen sei. In der Aussenpolitik sei der Einfluss des Völkerbundes auf die Danziger Innen- und Aussenpolitik ausgeschaltet worden. An seine Stelle sei die für die Danziger Interessen erspriesslichere Aussprache zwischen Berlin und Warschau getreten. Mit diesem Ersatz sei Danzig voll und ganz zufrieden. Am Ende des Jahres 1938 müsse es nur noch nationalsozialistische Abgeordnete im Danziger Volkstag geben.

Wie die „geistige Ueberwindung“ der Ideologie aussieht, illustriert der massive Terror. Man kann einzelnen das Rückgrat brechen — aber den Geist tötet man damit nicht.

Braune Greueltügen

Die Berichterstattung der Nazipresse

Immer wieder werden ausländische Journalisten aus Deutschland ausgewiesen mit der Begründung, dass sie sich bei Schilderung der Zustände und Ereignisse im Dritten Reich nicht hinreichender Objektivität und Wahrheitstreue befleißigt hätten. In Wirklichkeit ist es natürlich gerade umgekehrt: von der Verfolgung und Bespitzelung durch die Gestapo und von der Verweisung aus Deutschland werden gerade diejenigen Korrespondenten betroffen, die es für ihre Pflicht halten, ihren Lesern nicht Goebbels-Klischees und Propagandalügen aus Berlin zu drahten, sondern ihnen ein objektives und zutreffendes Bild von der Lage und der Stimmung im Reich zu übermitteln.

Dasselbe Regime aber, das ständig der Auslandspresse „Mangel an Objektivität und Wahrheitsliebe“ verlogener vorwirft, denkt natürlich nicht im mindesten daran, diese Tugenden von seinen eigenen Presseleuten im Ausland zu erwarten. Im Gegenteil: bei gewissen Gelegenheiten das Blaue vom Himmel herunterzulügen ist hier Vorbedingung für die Karriere. Man sehe sich doch nur einmal die *Auslands-Berichterstattung der reichsdeutschen Presse* an! Welche Hochflut von erzdummen Greueltügen! Lassen wir einmal die spanischen Kriegsberichte ganz beiseite, desgleichen die vom Goebbels zur Lappalie verniedlichte Cagoullards-Affäre. Greifen wir nur einmal ein Beispiel aus allerjüngster Zeit heraus: die *Aussperrung im schwedischen Gastwirts- und Hotelgewerbe*. Das heisst: schon von der blossen Tatsache der Aussperrung erfahren die Leser des Hitlerblattes gar nichts. Statt dessen ist permanent von Streik die Rede, damit der Leser annehmen muss, dass hier wieder mal die bösen marxistischen Gewerkschafter ein Land in Not und Chaos gestürzt hätten... Ein Uneingeweihter müsste den Artikel, der übrigens den schönen Titel trägt „Schweden — nicht zu empfehlen!“ mehrmals genau durchlesen, um aus gewissen Widersprüchen und Ungereimtheiten zu erahnen, dass es nicht das Personal ist, sondern die Unternehmer, die Hotel- und Restaurantbesitzer, die da „streiken“, dass also ein Lockout vorliegt.

Aber nicht genug damit: der Schweden-Korrespondent des VB erklärt grossartig, dass in Stockholm kein Restaurant und kein Kaffee geöffnet sei, mit einer einzigen Ausnahme: der Wirtschaftsbetrieb des deutschen Kolonieheims sei die einzige Stelle, wo man gegenwärtig in Stockholm etwas zu essen bekommen könne. Welch ein Triumph! Die bemitleidenswerten Bürger des marxistisch-verseuchten Schweden müssen sich an den Wirtshaustisch der Naziko-

lonie flüchten, um dort ihren Hunger zu stillen!...

In Wahrheit gibt es in Stockholm zahlreiche Restaurants und Kaffees jeder Art und Grösse, die am Lockout nicht teilnehmen und genau wie sonst geöffnet sind. Nicht einmal zu besonderem Andrang und Platzmangel ist es in diesen geöffneten Lokalen gekommen.

Die freie Erfindung „chaotischer“ Zustände in den demokratischen Ländern ist eine Hauptaufgabe der braunen Auslands-Journalistik. Bombastische Verherrlichung des Dritten Reiches und seiner Trabanten — lügenhafte Verunglimpfung der demokratischen Staaten... das ist es, was in der sonderbaren Terminologie des Goebbels-Ministeriums als „objektive, wahrheitsgetreue Berichterstattung“ bezeichnet wird.

Verboten. In Thüringen sind alle katholischen Jungmänner- und Jungfrauenvereine mit allen ihren Unter- und Nebengliederungen aufgelöst und verboten worden.

Bezugspreise

Der *«Neue Vorwärts»* kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. K. 1.40 (18.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.920 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Paris *Credit Commercial de France*, N° 529111 *Tschechoslowakei*: Zeitschrift *«Neuer Vorwärts»* Karlsbad, Prag 46.149. *Oesterreich*: *«Neuer Vorwärts»* Karlsbad, Wien B-198.304. *Polen*: *«Neuer Vorwärts»* Karlsbad, Warschau 194.797 *Schweiz*: *«Neuer Vorwärts»* Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. *Rumänien*: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto *«Neuer Vorwärts»*, Bukarest Nr. 2088. *Ungarn*: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto *«Neuer Vorwärts»*, Budapest Nr. 2029. *Jugoslawien*: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto *«Neuer Vorwärts»*, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

